

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat Int. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage "Neue Welt" Int. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogenen (Postleistungsliste Nr. 4188) vierteljährlich 1.80 Mr., für 2 Monate 1.20 Mr., für 1 Monat 80 Pf. zzgl. Versandgeld.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftsszeit 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Kint I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Redaktion:
Dr. Bruno Schönlank.

Inserate werden die gespaltenen Beiträge oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Beleidungsangebote 15 Pfennige. — Schwerterger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im vorand zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr fällig in der Expedition abgegeben sein. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Einladung zum Abonnement.

Am nächsten 1. Oktober blickt die Leipziger Volkszeitung auf zwei Jahre ihres Bestehens zurück.

Es war eine schwere und bedeutsame Zeit politischen und wirtschaftlichen Kampfes, in der es galt, die Sache des arbeitenden Volkes und damit die Sache der Freiheit zu verteidigen und zu verfechten.

Fest und beharrlich, sachgemäß und energisch hat die

Leipziger Volkszeitung,

gestützt durch das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung, auf dem Plane gestanden, stets bereit, die Sache des ringenden Proletariats mit Energie zu führen. Was auch der Tag immer brachte, ob Umsturz, Revolution oder Wahlkampf, Unterdrückung, politische Unterdrückung oder wirtschaftliche Benachteiligung: jede Schlacht ist angenommen, ist durchgesiegt worden.

Das Panier, unter dem die Leipziger Volkszeitung stand, war das der Sozialdemokratie.

Von sicherer Warte aus tritt sie an: die Befreiung der Tagesfragen heran. Ihre täglichen Beiträge behandeln gründlich, knapp und rasch die politischen Ereignisse, die bedeutsamen sozialen Vorgänge. Eine große Zahl eigener Korrespondenten in allen wichtigen Punkten des In- und Auslandes ermöglichen einen raschen, geordneten und zuverlässigen Nachrichtendienst.

Neben die so sehr beachtenswerten Vorgänge auf dem wirtschaftlichen Gebiete unterrichtet fortlaufend die Wirtschaftliche Wochenschan. Die Verhandlungen des Reichstages und der anderen öffentlichen Körperversammlungen werden genau und ausführlich wiedergegeben.

Entsprechend aber der Weltschauung, die in den Säulen unseres Programms niedergelegt ist, hat sich die

Leipziger Volkszeitung

je und je bemüht, alle Seiten unseres Volkslebens in den Kreis ihrer Betrachtung zu ziehen, nicht nur referierend und kritisierend, sondern entwickelnd und weiterbauend.

Neben den politischen und wirtschaftlichen Vorgängen werden so vornehmlich die Fortschritte der Wissenschaft und Kunst sorgsam verfolgt, um auch den Proletarier, den die heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu einem Anhänger der Maschine zu verstellen droht, der Schule unserer Geisteskultur teilhaftig zu machen. In der Hand seiner Leipziger Volkszeitung vermag er die weiten Gebiete der Wissenschaft mit Nutzen zu betreten, mit ihr, der zuverlässigen Führerin, durchschreitet er die Stätten, die der Kunst geweiht sind.

Für die Unterhaltung nach des Tages schwerer Arbeit sorgt die

Leipziger Volkszeitung

durch die ausserordentlichen Darbietungen ihres Seuilletons.

Meisterwerke der Erzählungskunst werden sowohl in dem täglichen Unterhaltungsteil, als auch in der wöchentlichen

Romanbeilage veröffentlicht, daneben eine Fülle von kleinen Erzählungen, von Skizzen und Humoresken. Zur Zeit erscheint das bedeutende, spannungsvolle Werk Meister Spielhagens: Die von Hohenstein im täglichen Seuiletton, in der Romanbeilage eine charakteristische Erzählung Alphonse Daudets: Der Nabob.

Das Leben in der Gemeinde, alle lokalen Vorgänge von Bedeutung werden aufmerksam verfolgt; über die Verhandlungen der Stadtverordneten empfangen die Leser der Leipziger Volkszeitung genaue und zuverlässige Berichte.

Den praktischen Bedürfnissen wird gedient durch regelmäßige Veröffentlichung der Marktpreise, Eisenbahn Fahrpläne, Uhren durch die Sehenswürdigkeiten der Stadt, Standesamts-

nachrichten, Theaterzettel u. s. f.

Nen eintretende Abonnenten erhalten die Zeitung bis zum 1. Oktober d. J. gratis; der bisher erschienene Teil der Romanbeilage wird nachgeliefert, und außerdem steht jedem Abonnenten das Recht auf ein

Gratisinserat

von zwei Seiten im Monat zu.

Es ist die Pflicht jedes Arbeiters, Bürgers und Beamten, aller der kleinen Leute, die den Kampf ums Dasein führen, Abonnent und Verbreiter der

Leipziger Volkszeitung

zu werden. Sie ist die beste Waffe im Bekämpfungskampfe des gesamten werthätigen Volkes.

Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

Leipzig, 29. September.

Während der Bar als „Friedensfürst“, wie die deutschen Kosakenblätter behaupten, durch Europa reist, droht zwischen Russland und dem deutschen Reich ein Krieg auszubrechen. Man weiß, daß die Russen in diesen Dingen keinen Spaß verstehen, und daß ihre Soldaten sofort mit ihrem ganzen Grosßheit jedermann die Klappe vor der Nase zuschlagen, sobald sie sich nur im geringsten benachteiligt glauben.

Unsere Nachkommen werden uns bemitleiden, wenn sie in ihren Geschichtsbüchern die ihnen ganz märchenhaft klingende Kunde finden werden, daß man in unserer Epoche sich gegen seitig mit Aufgebot eines ungeheueren Polizei-Apparats die Grenzen abgespiert hat, um die ein- und auszuführenden Waren künstlich zu verteuern. Über wir leben einmal in dieser Zeit des Überganges, in der die kapitalistische Konkurrenz die stärksten Mittel anwendet, und so müssen wir mit diesem Zustande rechnen, mit dem sich der Klassstaat zum „Schutz“ seiner Industrie und seines Handels behilft.

Wolfgang aus und machte einen Versuch, in alter Weise gnädig zu lächeln; Kamilla warf sich an seine Brust. Lieber Wolfgang! rief sie, kommt Du mir verzeihen? Wolfgang machte sich aus dieser Umarmung mit einer Schnelligkeit los, die Kamilla deutlich genug zeigte, daß ihre Bemühung, das Geschehene vergessen zu machen, vergeblich sei.

Verzeihen Sie, sagte er kalt; aber Sie irre sich vollständig.

Lieber Sohn, wollen Sie denn noch immer zürnen? rief die Präsidentin mit überströmenden Thränen.

Befrei' mich von diesen Banditen, Junge, rief der alte, und Du sollst das Mädel haben, und sie soll den verdammten Fuchs von Medizinalrat zum Teufel schicken.

Kamilla bedeckte das Gesicht mit den Händen.

Ich bedaure, Sie aus Ihrem allseitigen Irrtum reißen zu müssen, sagte Wolfgang. Sie müssen wissen, daß ich zu jenen Banditen gehöre, wenn ich auch, wie Sie sehen, so wenig wie Herr von Degenfeld, das Banditentum wörtlich nehme. Ich komme soeben aus dem Gefängnis; Sie werden wohl keinen Deserteur herzutragen, Fräulein Kamilla?

O, mein Gott, er will uns gar umbringen, rief die Präsidentin.

Kamilla warf sich vor der Mutter nieder und verbarg ihr schönes Gesicht im Schoß derselben.

Dazu habt Ihr ihn gebracht, verdammte Frauenzimmer, sagte der General.

Ich spreche die Damen von dieser Schulde los, sagte Wolfgang; ich lasse Fräulein Kamilla die freiste Verfügung über Ihr Wort, daß sie ja auch, wie ich höre, bereits anderweitig vergeben hat. Sie erlauben, daß ich diese peinliche Scene für Sie und mich nach meinen Freunden umsehe.

Die offiziöse russische Presse gibt zwar die treblische Versicherung, daß politische Einvernehmen zwischen Deutschland und Russland werde durch die „Zollschwierigkeiten“ nicht gestört werden. Mit anderen Worten: die russische Diplomatie will von Deutschland nicht gestört sein, wenn sie einen neuen Punkt ausschlägt oder wenn es an die Aufstellung der Türkei geht sollte. Aber in Berlin war man über die russischen Zollmaßregeln sehr aufgebracht; man drohte sofort mit einem Verbot der Bombardierung russischer Staatspapiere durch die Reichsbank, eine Maßregel, an der, wenn sie streng ausgeführt wird, die russisch-deutsche Freundschaft leicht in die Brüche gehen kann.

Nun heißt es, unter dem Jubel über die „friedliche Annäherung“ Russlands an Deutschland sei man in Berlin sehr „unangenehm überrascht“ gewesen, als die russische Zollverwaltung plötzlich den Eingangszauber für Ledermatten von 70 Kopeken auf 2 Rubel, also etwa um das dreifache, erhöhte. Wie diese Zollerhöhung gewirkt hat, geht am deutlichsten aus den Eingaben hervor, welche die Handelskammern von Offenbach und Frankfurt a. M. im Interesse der Portefeuillewaren-Industrie an das auswärtige Amt in Berlin gerichtet haben. In Offenbach allein liegen für 400 000 Mk. Waren, deren Lieferung auf Grund des alten Zolles abgeschlossen ist und die nun dreifach höher verzollt werden müssen. Hier sind auch Arbeiterinteressen im Spiel, denn wenn die Zollerhöhung besteht bleibt, so müssen die Portefeuillearbeiter auf Entlassungen und Wohnherabsetzungen gefasst sein.

Unserer Meinung nach aber könnte das auswärtige Amt in Berlin unmöglich „überrascht“ sein. Herr von Marschall versucht doch mit wachsamen Auge die Treibereien der agrarischen Junker in Ostpreußen, und er muß doch wissen, daß diese Verbündete des russisch-deutschen Handelsvertrages alles thun, um die ausgleichenden Wirkungen dieses Vertrages zu stören oder ganz zu nichts zu machen. Seit Monaten richtet sich die Agitation der Agrarier mit einer Wut, die sich nur aus der Habgier gewisser jungerlicher Schnäppchen erklären läßt, gegen eine Reihe von russischen landwirtschaftlichen Produkten. Da wollte man in dem russischen Getreide-Bakterien gefunden haben und zwar Milliarden in einem einzigen Korn. Dies infizierte Getreide sollte so schlecht sein, daß man Brunnen damit vergiftet hätte; da sollte in der russischen Kleie der Kornwurm stecken; da würde gegen die russischen Schweine so lange gewittert, bis die Regierung nachgab und deren Einfuhr erschwerte, und jetzt behauptet man, die russischen Gänse brächten die Geflügelpest über die Grenze, und verlangt ein Verbot der Geflügel-

Er will uns umbringen, schrie die Präsidentin.

In diesem Augenblick ertönte ein Schuß und gleich darauf ein zweiter und dritter, dann krachte eine Gewehrsalve, daß die Fensterscheiben erschütterten.

Wolfgang stürzte aus dem Zimmer und durch das vordere Gemach, in welchem der Leichnam des wilden Christophs noch immer auf dem Leppich lag, in den Gartenhaus. Hier begegnete ihm Michael.

Gott sei Dank, daß ich Sie finde! rief der treue Bursche; wie kommen nicht mehr auf den Hof; sie sind mir auf den Hacken.

Der Schritt von Soldaten, die auf den Korridor hinaufstürmen, bestätigte diese Worte. Nur ein Ausweg war, durch die Glashöhle in den Park. Wolfgang riss seinen Gefährten nach dieser Stelle. Glücklicherweise war die Thür nicht verschlossen. Es war die höchste Zeit. Die Angeln, die man ihnen nachschickte, schlugen durch die Scheiben, daß ihnen die Glassplitter um die Köpfe flogen.

Wo sind die Unseren? fragte Wolfgang, als sie eiligen Laufes den Rand des Teiches erreicht hatten.

Gott mag's wissen, entgegnete Michael; es geht alles drunter und drüber.

Wir müssen sie finden, sagte Wolfgang.

Ich gehe, wohin Sie gehen, sagte Michael.

Das Schießen, das zuerst vom Hofe her erschallt war, kam jetzt, aber schwächer, von der rechten Seite des Parks, aus den Weinranken, die zwischen dem Park und dem Dorfe von Rheinsfelden lagen.

Folgen Sie mir! sagte Wolfgang, ich weiß den kürzesten Weg.

Nur immer zu! sagte Michael.

Sie waren kaum fünfzig Schritte von dem Teiche fort, als man in ihrer Nähe von der rechten Seite mehrere

Seuiletton.

magazin verboten.

Die von Hohenstein.

Roman von Friedrich Spielhagen.

Er wollte es nicht anders, murmelte Degenfeld. Dann sich wieder aufrechtend, sagte er mit trauriger Stimme zu Wolfgang: Beschützen Sie die Frauen, lieber Wolfgang, im Falle die Canaille zurückkommen; ich muß zu Münster hinaus. Vielleicht sehen wir uns nicht wieder. Leben Sie dann wohl!

Er drückte Wolfgang die Hand, verbeugte sich vor dem General und den halb ohnmächtigen Frauen und verließ das Gemach.

Wolfgang trat auf den Großenkel zu und sagte:

Sind Sie im stande, sich in das Zimmer nebenan zu begeben?

Der alte stierte ihn mit blöden Augen an und streckte mechanisch die Knochenhände nach ihm aus. Wolfgang sah ihn unter dem Arm, zog ihn aus dem Stuhl empor und führte ihn in das Nebenzimmer, des Generals Schlafgemach. Die Präsidentin und Kamilla folgten.

's ist der Junge, rief der alte, der ihn jetzt erst erkannte, wahrhaftig, 's ist der Junge! Was habt Ihr mir denn von ihm vorgelogen, verdammte Frauenzimmer! Hab's ja immer gesagt, daß er es gut mit seinem alten Großvater meint!

Die Präsidentin, die sich auf einen Stuhl geworfen hatte, streckte die fetten Hände, wie um Verzeihung bittend, nach

einfluhr. Kann denn Herr von Marschall wirklich „übertroffen“ sein, wenn nach alledem die russische Regierung einmal schärfere Saiten in ihrer Zollpolitik aufzieht? Gewiss kann uns nichts fernher liegen, als der russischen Zollpolitik auch nur in Gedanken irgend eine Berechtigung zuzugestehen. Aber wenn einerseits der an der russischen Grenze lebenden Bevölkerung die Einfuhrartikel verteuert und wenn durch die Gegenmaßregeln Russlands deutsche Industrielle und deutsche Arbeiter geschädigt werden — wer trägt daran die Schuld? Doch niemand anderes als die bekannten „notleidenden Landwirte“, die Junker und Rittergutsbesitzer, die in der Notlage sind, manchmal nicht ganz „standesgemäß“ leben zu können!

Diese Leute wollen den „Patriotismus“ in Erbpacht genommen haben und kümmern sich doch gar nichts um das Ganze, wenn es sich um ihren eigenen Vorteil handelt. Die deutsche Regierung hat den Handelsstannern von Offenbach und Frankfurt zugesagt, sie wolle bei der russischen Regierung sich bemühen, die harte Zollmaßregel rückgängig zu machen. Aber was kümmert die Agrarier das Interesse anderer Deutschen? Sie spucken einfach der Regierung in die Suppe, denn der ostpreußische landwirtschaftliche Centralverein hat, natürlich unter dem Druck jungerlich-agrarischer Beeinflussung, beschlossen, daß die Einfuhr russischen Geflügels verboten werden müsse, und zwar so lange, bis die Geflügelpest wissenschaftlich erforscht und ein Mittel zu deren Bekämpfung gefunden sei. Das kann eine schöne Zeit dauern. Umsonst haben einzelne Grundbesitzer aus ihren jahrelangen Beobachtungen an Ort und Stelle dargethan, daß die russischen Gänse noch niemals die Geflügelpest mit sich gebracht haben. Man beschloß und die russische Regierung wird natürlich durch diesen Beschluß bedeutend unabhängiger werden.

Die Agrarier wissen so gut wie andere, wie sehr Deutschland auf den Export seiner Industriewaren angewiesen ist. Allein das kümmert sie nicht im mindesten. Sie würden uns mit Gott und der Welt in einen Zollkrieg verwickeln, wenn sie dadurch nur erreichen, daß ihre Produkte teurer bezahlt werden müssen. So haben sie auch die Heze gegen das amerikanische Schweinefleisch wieder aufgenommen und die preußische Regierung hat ihnen nachgegeben; das amerikanische Schweinefleisch wird ähnlich neuerdings untersucht. Herr v. Hammerstein-Lortzen weiß eben nie, wie weit er den Agrariern nachgeben soll. Man bedenkt nicht, wie gefährlich es ist, die Amerikaner zu Repressalien herauszufordern in einem Moment, da ohnehin die Union in das Fahrwasser einer Hochschulzollpolitik hineingetrieben werden kann. Mit Recht werden die Amerikaner darauf hinweisen, daß sie Maßregeln zur Untersuchung des auszuführenden Schweinefleisches getroffen haben, wie sie in ähnlicher Vollkommenheit kaum ein anderes Land aufweisen kann.

Wenn so die Zunfterschaft, die zu Gunsten ihres Geldbeutels das ganze deutsche Reich auspowern möchte, uns überall in anderen Ländern Feindseligkeiten erweckt, so haben die Kämpfer des „Bundes der Landwirte“ doch freudig den nordamerikanischen Silberbolzen die Hand geboten. Von dem „internationalen landwirtschaftlichen Kongreß“ in Budapest ist eine Adresse an den nordamerikanischen Präsidentschaftskandidaten und Silbermann Bryan ergangen, in der angekündigt wird, daß man in allen Staaten gleichzeitig einen „Druck auf die Regierungen“ ausüben werde zu Gunsten der Silberwährung, und in der Bryan aufgefordert wird, das gleiche zu thun. Unterzeichnet ist diese Depeche auch von den Herren v. Kardorff und v. Ploetz und dem unvermeidlichen Arentz. Diese „Patrioten“ verschwören sich mit all den Russen, Franzosen, Belgieren, Holländern und Amerikanern, die unter der Adresse stehen, um durch den „Umlauf“ der Goldwährung ein allgemeines Emporschneilen der Preise zu bewirken und dadurch den Deutschen ihre Lebensmittel noch mehr zu verteuern, während zugleich die verschuldeten Junker mit minderwertigem Gelde zahlen wollen.

Die Regierung ist, wie man sieht, zu nachgiebig gegen das Treiben der Agrarier. Hier wäre es ein Gebot für

das deutsche Volk, sich zu ermannen und bei den Wahlen mit einem kräftigen Ruck die ganze Auspowernungsverschwörung abzuschütteln.

Aber — — — — — !!!

Politische Übersicht.

In Nominaten, dem ostpreußischen Jagdbezirk des Kaisers, „schreien“ die Hirten, wie der Hofbericht meldet, fast gar nicht, was mit der ebenfalls herrschenden sehr ungünstigen Witterung in Zusammenhang gebracht wird. Der Kaiser hat daher auch nicht läßlich Pläne geschaftet unternommen. Während des Aufenthalts des Kaisers in Nominaten soll auch wieder der deutsche Botschafter in Wien Graf Eulenburg dort anwesend sein. Ein Berliner Telegraphenbüro teilt dies in der seltsamen Fassung mit, daß Graf Eulenburg während des Aufenthalts des deutschen Kaisers in Nominaten zum Vertreter des Auswärtigen Amtes erschen sei.

Graf Phili, der größte Diplomat unter den Troubadouren, und der niederrheinische Troubadour unter den Diplomaten, wird immer mehr zum hervorstechenden Typus des fliegenden Staatsmannes oder Rundreise-Diplomaten, der auch in den Zeiten politischer Krisen, die gerade für ihn als deutscher Botschafter in Wien von Interesse sein dürften, nicht auf seinen Posten ist.

„Wenn hinten weit in der Türkei die Völker auseinanderschlagen“, eilt Graf Phili nach Nominaten in die Jagdbezirke als „Vertreter des Auswärtigen Amtes“.

Die Steuerzahler zahlen einen sehr hohen Gehalt dem deutschem Botschafter in Wien. Er ist aber sehr oft nicht auf seinem Posten.

Wäre es nicht möglich, im Interesse des Budgets den Staatstitel: Botschafter in Wien einfach zu streichen, da dessen Überflüssigkeit durch zahlreiche Thatsachen schlagnagend bewiesen wird?

Wir lenken die Aufmerksamkeit des Reichsschatzamtssekretärs auf diese gute Gelegenheit, eine Ersparnis zu machen.

Deutsches Reich.

Berliner Brief.

Das Aufsteigen der sozialdemokratischen Kurve.

■ Berlin, 28. September.

Der Ausfall der Gewerbegerichtswahlen in Berlin, die glänzenden Aussichten für die Landtagswahlen in Gotha haben dem Bürgertum wieder einmal die sozialdemokratische Gefahr in ihrer ganzen Größe vor Augen geführt. Der Teufel wird von den Staatsstreitblättern wieder lustig an die Wand gemacht. Unter den obwaltenden Umständen sei die Rettung der bürgerlichen Gesellschaft nur noch von der unüberstehlichen Überzeugungskraft „verhängnisvoller Ereignisse“ zu hoffen.

Glücklicherweise sind die gegenwärtigen politischen Zustände aber gar nicht dazu angehalten, die Kräfte der Regierung und Parteien zu einer Aktion gegen die Sozialdemokratie zusammen zu rufen. Die Regierung ist in sich selbst gespalten und uneins. Sie ist bei der augenscheinlichen Unsicherheit der Stellung des Reichskanzlers gar nicht in der Lage, sich ernstlich mit Plänen zu befassen, die einen Kampf gegen die Sozialdemokratie bezeichnen. Die Regierung hat genug zu thun, wenn sie ganz geschäftsmäßig die Vorlagen im Reichstage durchbringt, die schon längere Zeit ihrer Erledigung harren. Dazu kommt noch der geheime Coulissenkampf der Regierung mit der unverantwortlichen Nebenregierung. Wenn es einmal seit 1890, so weiß man heute nicht auf die Frage nach dem künftigen Kurs der Regierung eine Antwort zu geben. Es wird eben weiter regiert nach dem Rezepte Raaffes.

Ein Kampf gegen die Sozialdemokratie wäre allerdings ein willkommener Ausweg aus dieser langweiligen Stagnation, wenn bei seiner Inszenierung auf eine Mitwirkung der bürgerlichen Parteien zu rechnen wäre. Aber glücklicherweise fehlt dem Bürgertum die Kraft, sich gegen die Sozialdemokratie geschlossen aufzuraffen. Das weiß die Regierung nur allzuwohl. Haben es denn die Blätter schon vergessen, daß selbst die lebhafteste und einschlägigste Befürwortung eines Kampfes gegen die Sozialdemokratie nicht im Stande war, eine Bewegung im Bürgertum gegen unsere Partei zu veranlassen? Es ist kaum ein Jahr her, daß von höchster Stelle nicht nur einmal, nein viermal hintereinander die bürgerliche Gesellschaft angefeuert wurde, sich gegen die Rotte der Roten zu ermannen. Am Sedantag vorigen Jahres erging die Kampfslösung aus Königberg an das gesamte Volk, sich von den sozialdemokratischen Elementen zu befreien; aus Stettin wird das Losungswort wiederholt und schon resigniert erklärt zum viertenmal aus

Ist mir auch recht, sagte Müchel.

Im Schutz des tiefen Schattens der Bäume schlügen sie nun vorsichtig an dem Rande der Wiese hin, und sie hatten die von Wolfgang bezeichnete Stelle fast erreicht, als sie ganz plötzlich auf eine Patrouille stießen, die nach dieser Seite abgeschnitten waren und jetzt, durch das Knäcken der trockenen Zweige aufmerksam gemacht, Gewehr bei Fuß auf die Herant kommenden, die sie für einen zurückkehrenden Doppelposten gehalten haben mochte, gewarnt hatte.

Wir müssen uns durchschlagen, flüsterte Wolfgang.

Ist mir recht, erwiderte Müchel.

Halt! Wer da? rief der Führer der Patrouille.

Gut Freund! rief Wolfgang, indem er auf den Überraschten und Erschrockenen zusprang und ihm das Gewehr aus den Händen riss. Müchel stürzte sich auf einen zweiten. Ein Handgemenge entstand. Die Verzweiflung gab den beiden Angreifern mehr als gewöhnliche Kraft. Sie wichen nieder oder stießen beiseite, was sich ihnen in den Weg stellte, und bald hatten sie das Pförtchen erreicht. Aber sie konnten nicht unbemerkt durch dasselbe entschlüpfen, denn die Verfolger waren dicht hinter ihnen.

Da ihnen außerhalb des Parkes die Straße bis zum Dorfe, mit Ausnahme der Bäume, die an der einen Seite des die Felder durchschniedenden Grabens standen, fast gar keinen Schutz gewährte, so war ihre Lage jetzt mißlicher, als je. In der That hatten sie kaum die Hälfte der Entfernung zurückgelegt, als die Soldaten aus dem Pförtchen hervorbrachen. Sie rissen sich gegenseitig zu, um sich zur eisigen Verfolgung anzureißen; sie glaubten jetzt offenbar, ihrer Feinde sicher zu sein. Dazu kam, daß vom Dorf her Trommelschall erklang; also auch das Dorf war besetzt. Jede Rettungshoffnung schien verloren.

Hubertusstock die resignierte Erwartung: Wenn unser Volk sich doch ermannen! Das deutsche Volk hat sich aber nicht ermannen und die Regierung hätte sich, eine Bewegung einzuleiten, die mit der gleichen Niederlage hätte endigen müssen wie die Einbringung der Umsatzvorlage.

Schon damals sahen die Unverantwortlichen in der vorstehenden Haltung der Regierung eine Schwäche. Sie bauten auf das Wort des Kaisers an seine Garden, das darin gipfelte: Findet das Volk nicht die Kraft, die unerhörten Angriffe einer Rote von Menschen zurückzuweisen, „dann rufe ich Sie, um der hochverrätherischen Schur zu wehren“. Aus diesem Appell an die Garden glaubten die Unverantwortlichen Kapital für ihre Staatsstreitkräfte schöpfen zu dürfen. Mit Hochdruck wurde in aller Stille gearbeitet und das Resultat soll sein, daß der Nachfolger des lebigen Reichskanzlers ein General sein wird. Man muß sich die Vorgänge des vergangenen Jahres wiederholen, wenn man die Absichten der Unverantwortlichen verstehen will. Damals schrieb ein Organ dieser Gegner der Regierung, der Sozialdemokratie sei nur noch „mit Gewalt“ zu begegnen. Und darum sei ein Hinweis auf diese Thatsache von allerhöchster Stelle, und zwar in einer vorherrschend militärischen Rede, durchaus am Platze. Die Sozialdemokratie kennt ihre Gegner zu gut, um ihre Pläne je auch nur einen Augenblick außer acht zu lassen. Freilich zu ihrer Durchführung gehören zwei, die mit ihm wollen, neben den Staatsstreitkräften müßten auch wir bei einem Staatsstreich mit ihm wollen. Und das ist nicht. Das Skandal der Staatsstreitkräfte muß also um so vollständiger werden, als der Anhang der Sozialdemokratie gerade in vergessenen Jahr, wie alle Wahlen der letzten Zeit bestätigten, ganz beträchtlich gewachsen ist.

Wir werden uns hüten, den Unverantwortlichen Wasser auf die Mühle zu liefern. Wir bleiben vielmehr nach wie vor bei der Lösung, die schon voriges Jahr die Leipziger Volkszeitung ausgegeben hat: Wir, die wir das Martyrium des Sozialisten-gefechts durchgekämpft haben, werden nun und nimmer die Hoffnungen jener Reaktion erfüllen, die auf den Straßenkampf lauert. Daß wir legal sind, ist unserer Widersacher brennender Schmerz. Keine Herausforderung sieht uns an; die Sozialdemokratie läßt sich nicht provozieren. — Glücklich wer so beruhigt dem Anwachsen seiner politischen Macht zu schauen kann wie unter der heutigen Regierung und der Herrschaft der bürgerlichen Parteien — die deutsche Sozialdemokratie!

Von Herrn v. Stumm.

In der Christlich-sozialen Volkszeitung in Erfurt, herausgegeben von dem Dr. Scheven, der seiner Zeit in Dresden gemahnt wurde, weil er gegen die Wahlentziehung des sächsischen Volkes seine Stimme erhob, beginnt jetzt der Pfarrer Köpisch aus Sangerhausen eine Artikelserie unter der Überschrift: Mein Prozeß mit dem Freiherrn v. Stumm.

Was Pfarrer Köpisch besonders veranlaßt, die Angelegenheit von neuem vorzutragen, ist der sehr berechtigte Wunsch, endlich einmal einem tiefeingewurzelten Überglauhen in unserem Publikum entgegenzuwirken. Dem Überglauhen nämlich, als ob ein Publizist sachlich Unrecht haben müsse, wenn er wegen irgendwelcher Formalien oder was weiß ich sonst vor Gericht einmal verurteilt worden ist. So ist es Köpischs ergangen. Er hat seiner Zeit sich in einer Broschüre auch mit dem Freiherrn v. Stumm beschäftigt, als einer besonders charakteristischen antisozialen Natur; Stumms Verhalten als Bürger, seine Wohlfahrtseinrichtungen und sein Verhalten als evangelischer Christ wurden von Köpisch dem Pastor und Pfarrer dem christlich-sozialen Politiker kritisiert. Nun ist Köpischs gerichtlich verurteilt, ein Disciplinarericht schwiebt noch über seinem Haupt, folglich — hat Stumm Recht und Köpisch Unrecht.

Pfarrer Köpisch freilich ist anderer Meinung, und wird darin bestärkt durch die Erfahrungen, die er in dem Prozeß gemacht hat. Da mußten nämlich etliche Punkte durch umfassende Zeugenvernehmung klargestellt werden und es fragt sich sehr, ob der König von Neunkirchen entzückt ist von diesen Aussagen und gerichtlichen Erklungen. So heißt es z. B., daß Stumms Widerstand gegen den Bahnbau St. Johann-Brehbach tatsächlich von ihm mit dem event. Scheiterwerden seiner Nutzspurde motiviert worden ist, und daß er in dieser Angelegenheit schließlich sogar mit seinem Einfluß beim Kaiser gedroht hat.

Über die Schulverhältnisse und die Verteilung der Kosten macht Köpisch, immer nach den Bekundungen im Prozeß, folgende frappierende Angaben: „Die Beweisführung hat ergeben, daß in den Jahren 1894 und 95 die Kommunalsteuern

Wir wollen sie herankommen lassen und unser Leben so teuer wie möglich verkaufen! rief Wolfgang.

Mir auch recht sagte Müchel.

Plötzlich stand eine Gestalt hinter Ihnen, die aus den mit Buschwerk dicht überwachsenen Klümmern der eingestürzten Dorfmauer hervorgegangen war.

Ich bin's, der Balthasar, sagte eine Stimme, deren milden Klang Wolfgang nicht wieder vergessen hatte; schnell, lieber junger Herr, und wer bei Ihnen ist, folgen Sie mir, und kein Mensch soll Ihnen das liebe Leben rauben.

Balthasar ergriff Wolfgang an der Hand und zog ihn in die Büsche. Müchel folgte Ihnen auf dem Fuße.

Ziegt auf die Knie und mit nur mutig nachgetreten, sagte Balthasar.

Wolfgang wiederholte das Wort an Müchel.

Mir auch recht, sagte Müchel.

Sie krochen auf Händen und Füßen in eine Spalte, die aus den übereinander gestürzten Steinen entstanden schien. Die Spalte war so eng, daß es an mehr als einer Stelle Wolfgang schwierig war, seine breiteren Schultern hindurchzuzwängen; auch Müchel schien seine große Not zu haben, denn er brummte sehr und machte dazwischen lustige Bemerkungen über die bedenkliche Lage.

Ziegt halt! rief Balthasar.

Halt! sagte Wolfgang.

Mir recht, sagte Müchel, aber, wenn ich bitten darf, nicht zu lange, ich bin gar nicht müde.

(Fortschreibung folgt.)

Humoristisches.

Kathederweisheit. Professor (in der Geschichtsstunde): „Kurs, meine Herren, aus allem werden Sie ersehen haben: Friedrich der Große war ohne seinen Vater gar nicht denkbar.“

in Niederneunkirchen 88 Proz. und 40 Proz. der Einkommensteuern und 50 Proz. der Realsteuer, diejenigen in Oberneunkirchen 190 Proz. und 210 Proz. der Einkommensteuern, 150 Proz. der Grund- und Gebäudesteuern und 300 Proz. der Gewerbesteuern betragen. Das Stumm'sche Werk liegt allerdings auch mit einem kleinen Teil auf Oberneunkircher Gebiete, aber darauf giebt es nur 88 Proz. seines Einkommens als Steuern an Oberneunkirchen. Es ist klar, daß bei einer Vereinigung beider Gemeinden der Freiherr seine Kosten ungleich weiter öffnen müßte. Für die Schulverhältnisse sind beide Gemeinden verbunden, aber die Steuern dazu werden nicht gleichmäßig ausgebracht, sondern nach Maßgabe der Kinder, die zu jeder Gemeinde gehören. Niederneunkirchen bezahlt von den 224 200 Ml. Schullasten (nach dem Etat von 1895/96) nur 2½—3 Proz., nämlich 5600 Ml., während die Steuerkraft natürlich bei dem Niedereinkommen Stumms einen ganz anderen Verteilungssatz zu stände brächte. Denn sein Einkommen ist, wenn man auch nur auf Neunkirchen reichlich zwei Drittel seines Gesamteinkommens rechnet, nicht viel kleiner als das aller übrigen Neunkircher zusammen. Nehmen wir aber nur einmal die Schulosten, die Oberneunkirchen durch Stumm'sche Hüttenarbeiter erwacht. Nach Aussage des dortigen Bürgermeisters betragen die Schulosten für jedes Kind etwa 45 Ml. Nur gehören zu den Neunkircher Schulen mit 4500 Kindern gegen 1400 Schulkinder von Hüttenarbeitern des Stumm'schen Werkes. Diese verursachen gegen 63 000 Ml. Kosten. Stumm giebt allerdings für Schulzwecke manches freiwillig. Aber das ist gleichgültig für die objektive rechtliche Beurteilung. Darin ist gerade das Stumm'sche System so groß, daß er mit seinen freiwilligen Gaben Parade macht und damit doch auf anderweitiges Entgegenkommen rechnet.

So ein Prozeß des Freiherrn v. Stumm gegen einen Publizisten ist manchmal ein gar nützliches Ding; er bringt, wie die Sonne, manches an den Tag. Man wird deshalb verstehen, weshalb ich aufrichtig, scheinbar unkollegialisch, bedauere, daß der Industrieönig die Frankfurter Zeitung nicht mit einer Klage beglückt, die ihn doch so böse angezapft hat. Vorläufig müssen wir es uns mit den Daten aus Röhrsches Prozeß genug sein lassen; Herr Röhrsche aber schreibt zum Schlus: „Fortschreibung folgt!“

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Eingestellt wurde das gegen den Genossen Coors, den Redakteur der Thüringer Tribune in Erfurt, eingeleitete Verfahren wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch den Abbdruck eines Artikels über die Auszeichnung des Gendarmen Quensell. Die beschlagnahmten Exemplare des Blattes wurden zurückgegeben.

Von der Rudolstädter Strafanstalt wurde der Redakteur des Saalfelder Volksblattes, Genosse Wagemann, wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Wochen (?) Gefängnis verurteilt. In einer früheren Verhandlung war der Angeklagte zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden; auf die von ihm eingelegte Revision wurde dann aber die Sache vom Reichsgericht an die Strafammer zurückgewiesen.

Wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung verschiedener Würdenträger ist gegen den Redakteur Dr. Heymann-Orlando von der Hamburger Freien Presse ein Strafverfahren eingeleitet worden. Die Beleidigungen sollen enthalten sein in einer Kritik der Broschüre: Ein offener Brief an den Kaiser.

Das Augsburger Schwurgericht verurteilte am 28. d. M. den Anarchisten Heinrich Kilian von Mühlhausen i. C. wegen Beleidigung des deutschen Kaisers und des Prinzregenten von Bayern zu vier Jahren Gefängnis.

* Berlin, 29. September. Daß man nur ja nicht die Empfindlichkeit der Großindustriellen verlege und die zärtlichen Gefühle des Unternehmertums schone, die vor jeder Arbeitszeitverkürzung zittern! — so deutet unsere erlenchte Regierung. Der Reichsanzeiger wendet sich gegen die berüchtigte Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz, das Reptil der Großindustriellen, die gemeldet hatte, die Militärverwaltung in den Artilleriewerken von Spanien habe den Achtfundamenttag angeordnet, nachdem in anderen dortigen Staatsbetrieben die so verkürzte Arbeitszeit bereits früher eingeführt sei. In weinerlichen Tone der Abfälle — wie könnte ein fiktischer Betrieb solch ein Staatsverbrechen auf sich laden? — erklärt der Reichsanzeiger, die Meldung sei unrichtig. Es werde nach wie vor in allen technischen Instituten der Militärverwaltung grundsätzlich die zehntägige Arbeitszeit festgehalten, wobei je eine viertelstündige Frühstückspause und eine Mittagspause inbegriffen sei. Versuchswise sei nur an Sonnabenden und an den Tagen vor den Festen eine Verkürzung der Arbeitszeit von 1—2 Stunden eingeschritten. Selbst dieser schwächliche Versuch ist den Ausbuntoren ein Greuel.

Berichtigend stellt die Nordd. Allg. Blg. fest, daß die deutsche Botschaft in Konstantinopel während der letzten Mezeilen ungefähr 30 armenische Flüchtlinge, vorunter ein Geistlicher, sonst meist Frauen, Kinder und junge Leute, aufnahm und sie schützte. In der deutschen Botschaft suchten nicht noch mehr Armenier Schutz, da sie in einem fast ausschließlich türkischen Häuserviertel liegen, wo sich die Armenier in jenen Tagen möglichst wenig hinein wagten. In der weiteren Umgebung der Botschaft ist kein einziger Armenier geflüchtet worden.

Der Abgeordnete von Mantaußel, der Führer der Konservativen, läßt erklären, daß er nicht an dem Budapester „Ugrar“ Kongress teilgenommen, vielmehr von Anfang an die Teilnahme abgelehnt habe. Auch die Krenzzeitung hat sehr kühn über die Budapester Verbrüderungspresse geurteilt und „auf Grund ausführlichster Berichte“ die Ansicht ausgesprochen, daß der Verlauf des Kongresses nicht das gehalten habe, was er versprochen hätte. Darob ist die Deutsche Tageszeitung, das Bloesensblatt, sehr erbost und fragt die Kollegin, „auf welche ausführlichsten Berichte“, etwa auf die der Frankf. Blg. sie dies Urteil führe. Die Kreuzzeitung pariert darauf: „Die Deutsche Tageszeitung hat recht, wenn sie annimmt, daß sich unsere Ansicht über das praktische, greifbare Ergebnis nicht allein auf die Berichte der Frankf. Blg. stützt, sondern auf die ausführlichen Berichte der Deutschen Tageszeitung selbst, die wir von Anfang bis zu Ende sorgfältig durchgelesen haben. Es sollte uns freuen, wenn etwa durch einen noch ausführlicheren, womöglich stenographischen Bericht wir zu einem anderen Urteil über den Kongress bewogen werden sollten.“

Der Anschluß des deutschen Reichs an die Union, den internationalen Staatenverband zum Schutz des gewerblichen Eigentums, wird von der Reichsregierung erörtert. In einer Audienz, die Dr. Martinus und der Abgeordnete Böttinger bei dem Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst vor kurzem hatten, stellte der Reichskanzler eine eingehende neue Prüfung der Sache in Aussicht, nachdem die in Frage

kommenden Verhältnisse zum Teil jetzt andere geworden seien als früher.

Eine außerordentliche Plenar-Versammlung des Handels-tages findet am 15. Oktober und den folgenden Tagen statt, um den Entwurf eines Handelsgesetzbuches zu beraten.

Die Kolonialschwärmer wollen jetzt durch Einrichtung einer Kolonialauskunftsstelle die slavische Stimmung für die Kolonialpolitik verbessern. Es soll im Hause des Kolonialheims eine Auskunftsstelle errichtet werden, in der Händler und Fabrikanten sich an der Hand von ausgestellten Mustern über den Bezug von Waren und Rohstoffen aller deutschen Kolonien unterrichten können. Gleichzeitig soll ein Wandeinzelgeschäft geschaffen werden, das in den Städten des Reichs nachhander ähnliche Zwecke verfolgt. Weiter beabsichtigt das Komitee, auch die Haus-industrie der Eingeborenen in den Kolonien zu heben und zu fördern, um größere Mengen von Kolonialprodukten auf den Markt bringen zu können. Schließlich will es auch zum Anbau und zur Ausbeutung verschiedener bisher noch weniger beachteter Pflanzen u. s. w. anregen. Die Mittel sollen durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden; eine Beleidigung des Komitees als solchen an Unternehmungen dogegen ausgeschlossen sein. Gouverneur v. Wöhmann ist dem Komitee beigegetreten. Der Plan eines Kolonialhauses ist bekanntlich an dem Widerstand aus kaufmännischen Kreisen gescheitert.

In Sachen der russischen Bollerhöhung ist der Handelskammer Offenbach, Offenbach ist ein Hauptort der durch die Bollerfabriken bedrohten Lederindustrie, vom Auswärtigen Amt zu Berlin auf ihre Eingabe vom 14. dieses Monats die Nachricht zugegangen, daß der deutsche Geschäftsträger in Petersburg beauftragt worden ist, die Angelegenheit bei der russischen Regierung zur Sprache zu bringen. Auch soll die österreichisch-ungarische Regierung, die auf Grund der Weißbegünstigung des früheren Siebzehn-Köpfe-Boll auch für die konkurrierenden Wiener und böhmischen Lederwaren erhielt, in Petersburg ebenfalls vorstellig geworden sein.

Ein Mitglied der Veterinär-Kommission des russischen Ministeriums des Innern ist nach der deutschen Grenze abgereist, um im Auftrage der russischen Regierung Untersuchungen anzustellen über die Ursachen des Verbots der Einfuhr frischen russischen Schweinefleisches nach Deutschland und über die Ursachen der Verkränzung der Schweinefleinfuhr von Russland nach Deutschland.

Die Hamburger Nachrichten veröffentlichten aus einer gegen sie gerichteten Auflageschrift des südafrikanischen Goldfonds Alfred Weit eine Stelle, worin von dem nur einstweiligen Scheitern der gegen Transvaal gerichteten Pläne gesprochen wird. Die Hamburger Nachrichten halten es für ihre Pflicht, dieses Eingeständnis eines der Haupturheber des Jamesonschen Einfalles zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, damit die beteiligten Kreise vor einer etwa bevorstehenden Wiederholung gewarnt sind. Diese Warnung ist überflüssig, da die Buren selbst auf ihren Hut sind und Gewalt bei Zug die Cecil Rhodes und Genossen erwarten. Und der zweite Empfang dürfte noch heißer sein, als das erste Mal.

Wie wenig die Künstler als Vertreter der wahren Ansicht der Handwerker gelten können, beweist ein Vorgang in Nürnberg. Dort hat sich der Vorstand einer Zinnung für, aber die Zinnungsmittel gegen den Entwurf über die Zwangsorganisation des Handwerks erklärt. Es wurde zuerst die Meldung verbreitet, daß zu dem Zwangsorganisationsentwurf für das Handwerk die Bader-, Barbier- und Berückenmacher-Zinnung in Nürnberg sich zustimmend erklärt habe. Wie unser Bruderblatt, die Fränkische Tagespost, nun aber feststellt, ist diese Meldung unrichtig. Zu dem Entwurf habe lediglich der Vorstand, als er die magistratlichen Trägebogen erhielt, seine Zustimmung abgegeben, ohne Einverständnis der Zinnung. Die Zinnungsmittel habe sich dagegen einstimmig gegen den Entwurf erklärt.

Der offiziöse Homburgische Korrespondent bezeichnet als nächstliegende Aufgabe der deutschen Regierung in Deutsch-Südwafrika die Errichtung der Telegraphenlinie nach der Kapkolonie, die Besserung der Landungsstelle bei Swakopmund und eine Eisenbahn nach Okahandja oder Windhoek und von Angra Pequena nach dem Innern. Welch liebliche Wohlthat für die, die die Kosten tragen müssen!

Für die Weltausstellung in Paris im Jahre 1900 veröffentlicht der deutsche Reichskommissar Dr. Richter bereits das Programm. Die Ausstellung beginnt am 15. April 1900 und soll am 5. November geschlossen werden. Es ist die Errichtung einer großen Anzahl eines Flächenraums von insgesamt 89 Hektar bedeckender Gebäude geplant. Platzmiete haben die Aussteller nicht zu entrichten. Mit der eigentlichen Hauptausstellung wird eine retrospektive Centenarausstellung verbunden sein. Die ausgestellten Maschinen werden soweit als möglich vor den Augen des Publikums in Thätigkeit gestellt und sollen unmittelbar neben denjenigen Produkten zur Schau gebracht werden, zu deren Herstellung sie dienen. Für den Transport der deutschen Ausstellungsgüter und die Wiedereinfuhr der unverkauft gebliebenen Gegenstände werden den Ausstellern die üblichen Vergünstigungen zugestanden werden.

Gegen Peters verbreiter Dr. Lange eine neue Erklärung, wonach er wegen der beleidigenden Stellen der Peterschen Erklärung gesagt habe. Lange bestreitet, daß er mit der Hauptversammlung für Peters und seine Vertreterungen beansprucht gewesen sei. Er habe entscheidend bei der Begründung der deutsch-ostafrikanischen Kolonie mitgewirkt und die weitaus größere Hälfte des für die Erwerbung nötigen Kapitals beschafft. 1885 sei er zwar aus dem Direktorium des Ostafrikanischen Gesellschaft entfernt worden, aber er habe selber zum Komitee gewählt, weil er seinen Namen und die Interessen der Afrikascheineinhaber von der waghalsigen Finanzpolitik des Herrn Dr. Peters bedroht sahen habe. Man habe den Versuch gemacht, ihn nach der entscheidenden Sitzung unter Anleitung von Geld zum freiwilligen Austritt zu bewegen. 1000 Mark habe er allerdings nach seinem Ausscheiden erhalten, aber nicht als Entschädigung für seine bisherige Mitwirkung, sondern ¼ Jahr später, im Frühjahr 1887, als Entschädigung auf den Verlust des Anspruchs auf 15 000 Morgen, den er bei Umwandlung der alten in die neue Ostafrikanische Gesellschaft erhoben hätte. Lange will gegen seinen ehemaligen Freund Peters nicht aus „Hof“ aufgetreten sein, sondern aus einem „ausgeprägten Widerwillen“, geschöpft aus seinen Erfahrungen und einer sehr genauen Kenntnis des Charakters von Peters. Er habe an seinem Entschluß, jede Art von Verkehr mit Peters abzulehnen, standhaft festgehalten. Peters dagegen habe zu verschiedenen Meilen, u. a. durch den verstorbenen Otto Ehlers und Herrn Bleh, denen er förmlichen Auftrag dazu gab, neue Beziehungen mit ihm an-

zulöpfen versucht, doch habe er, lange, diese Versuche in entsprechender Form abgewiesen.

Ein edles Brüderpaar!

Begradiigt wurde durch den Kaiser der Fabrikant Bedemann in Bockholt, der zu Gefängnis verurteilt worden war, weil durch seine Schuld ein Fabrikeneinsturz erfolgt war, bei dem mehrere Arbeiter erschlagen worden sind.

Vom untergegangenen Panzercruiser *Iltis* sind weiter die Leichen der nachstehend aufgeführten Personen aufgefunden und rekonvziert worden: Kapitänsleutnant Braun, Lieutenant Prasse, Oberstabsgefreit Blatt und die Matrosen Treese und Kopp. Im ganzen sind bis jetzt 27 Leichen gefunden worden, von denen sechs noch erkannt werden können.

Infolge der Vorgänge in Opalenka hat die Eisenbahndirektion Posen eine Verfügung erlassen, wonach zur Gestaltung von Musikauflösungen, feierlichen Aufzügen, Aufstellungen u. c. auf Bahnhofsgelände fortan die Stationsvorstände die Genehmigung des Vorstandes der vorgesetzten Betriebsinspektion einzuholen haben. Nun das Kind in den Brunnen gefallen ist . . .

Köln, 28. September. Am großen Gildehaus tagte gestern abend eine von 3000 Personen besuchte, vom Katholikenkomitee Kölns einberufene Versammlung zur Befreiung der Armenierfrage. Professor Fonk aus Beirut schilderte ausführlich die Einzelheiten der Greuel. Der Centrumsabgeordnete Trimborn erklärte sein „volles Vertrauen zur Orientpolitik des Kaisers“; aber das christliche Gewissen lasse sich die Stellungnahme zu diesen Greueln nicht nehmen. Es sprachen noch Reichsanwalt Julius Bachem und Weihbischof Dr. Schmitz im Sinne einer einstimmig angenommenen Resolution gegen die Armeniergreuel.

Kehl, 28. September. Der Gemeinderat von Dorf Kehl hat die Gewährung eines freien Platzes für Abhaltung einer Volksversammlung, in der der Reichstagabgeordnete Bebel sprechen wollte, abgelehnt. Will man, so fragt die Frankf. Blg., im „liberalen“ badischen Württemberg das unschöne Beispiel Sachsen nachahmen? Wie begründet der Gemeinderat denn diese Ablehnung?

Österreich-Ungarn.

Fürstliche Erinnerungsrede.

Herkulesbad, 28. September. Bei der Einweihung des Eisernen Thores sind natürlich auch die üblichen Dankesreden gehalten worden. Kaiser Franz sprach zu Ehren des Serben- und des Rumänenkönigs von den „Vanden aufrichtiger Freundschaft“, die ihr an sie knüpften und die „immerdar ihnen treuen Ausdruck finden werden in den freundlichbarlichen Beziehungen unserer Staaten“. Siehe z. B. den serbisch-österreichischen Schweißkrieg, die langjährigen österreichisch-rumänischen Böllhähnchen. Daß Kaiser Franz Joseph auch auf das „Glück und Wohl unserer Völker“ trank, versteht sich. Nur versteht die Beherrschten unter „Glück und Wohl“ etwas anderes als die Herrschenden.

Der Rumänenkönig war „tief gerührt“ und rief aus: „Möge diese Begegnung dazu beitragen, die so glücklich hergestellten Bande der Freundschaft zwischen unseren Staaten noch enger zu knüpfen und ihre wirtschaftliche Entwicklung und Handelsbeziehungen auf einer festen und dauernden Grundlage zu sichern.“

Und der junge Milan-Sprosse, Alexander der Serbe, hob auch sein Glas: „Die Beziehungen zwischen unseren Ländern waren stets freundschaftlich und es war stets mein Wunsch, diese Bande fortwährend zu befestigen, und ich hege die feste Hoffnung, daß unsere heutige Zusammenkunft hierzu beitragen wird, die zahlreichen Handels- und wirtschaftlichen Beziehungen, die zwischen unseren Staaten bestehen, durch die Eröffnung des Kanals am Eisernen Thore noch erleichtert werden.“

Solch schöne Worte, von Fürsten gewechselt, werden durch die wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten in die Luft geblasen. Es wäre leicht, aus der Geschichte im Handumdrehen ein Dutzend solcher Fürstenbegegnungen aufzuzählen, wo die Liebe und Einfachheit blühte, und denen Hader, Kampf, Krieg in Kürze folgte.

Ein Büderring.

Ein Büderring soll auch in Österreich gebildet werden. Nach der Magdeburg. Blg. gelten die Verträge der Zuckerindustriellen in Prag der Bildung eines Syndikats ähnlich dem in Deutschland angeregten. Es soll mit den maßgebenden deutschen Faktoren ein einheitliches Vorgehen zur „Sintanhaltung heftiger Preisschwankungen“ angestrebt werden.

Bulgarien.

Heeresreform.

Brüssel, 29. September. Der Ministerrat stellte den neuen Entwurf betreffend die Heeresreform fest. Danach soll die persönliche Wehrpflicht eingeführt und die Präsenzstärke auf 216 000 Mann erhöht werden.

Die Militärvorlage ist eine schwere Mehrbelastung der Steuerzahler. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ist wohl nur ein Schritt, um die Forderung schwachster zu machen. In Belgien besteht heute noch das Konstriktionsystem, das den Loslauf gestaltet, das heißt die Besieglosen zum Dienst zwingt, den Wohlhabenden das Vorrecht, einen Erbmann zu stellen, einräumt.

Frankreich.

Frankreich-Österreichische Abmachungen.

Paris, 29. September. Zwischen Österreich und Frankreich sind Vereinbarungen getroffen, wonach Frankreich auf Anwendung der Weinzollklausel zu seinen Gunsten verzichtet, wogegen Österreich alle seine Rechte aufgibt, die ihm aus dem Weißbegünstigungsvertrag mit Tunis erwachsen, und die tunesischen handelspolitischen Beziehungen als zu französischem Territorium gehörig gelten läßt. Der Solleining zwischen Frankreich und Tunis (Tunis steht unter französischer „Schutzherrschaft“) soll kein Hindernis entgegenstehen und von Österreich die Anwendung der französischen Zölle gestattet sein. (Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Druckfehlerberichtigung. Der am Montage besonders wilde Druckfehler hat in der Londoner Korrespondenz unserer gestrigen Nummer eine tolle Verwechslung angestiftet. In der Zeile 11 von oben läßt er Russland eine Eisenbahn durch Serbien führen. Natürlich muß es Sibirien heißen.

Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zu Nr. 226 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, 29. September 1896.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Türkei.

Eine Note des Sultans.

Konstantinopel, 28. September. Die Pforte richtete an die Botschafter eine Note, wonin sie die "gute Stellung" bestont, die die Armenier bisher im ottomanischen Reiche innegehabt hätten. Ferner weiss sie in derselben die "ungerechtfertigten Bestrebungen der Armenier" zurück, hebt die "Reformen" hervor, die vor einem Jahre angenommen und in der Ausführung begriffen seien und schliesst mit dem Aufrufe, bei den betreffenden Regierungen um entsprechende Maßregeln zu ersuchen, um die in den bezüglichen Ländern befindlichen armenischen Revolutionärer unzählig zu machen. Ein Kaiserliches Erddre verfügt die Einberufung der armenischen Nationalversammlung zur Wornahme der Patriarchenwahlen.

Der französische Botschafter wies in der letzten Audienz beim Sultan auf die Gefährlichkeit der jüngsten Meheleien in Konstantinopel hin und erzielte dringende Ratschläge, die gegen Wiederholung gerichtet waren.

Die öffentliche Ausstellung der bei den Armeniern aufgefundenen Bomben wurde auf eine Vorstellung der Botschafter hin, da sie die Armenier erregt, geschlossen.

Negypten.

Der Khedive auf Reisen.

Der Schattenvicere von Negypten, der Khedive Abbas Pascha, ist infolge auf Reisen gegangen.

Die Infolio-Tour des Khedive soll, der Times zufolge, unterkommen werden sein, um den Mächen einen Plan für die Herstellung der "Unabhängigkeit Negyptens" zu unterbreiten. Der Khedive werde in diesem Bestreben nur von einer Handvoll höherer Beamten unterstützt.

England hält mit eiserner Faust Negypten, mög Abbas Pascha auch noch so viel umherreisen.

Das Begnadigungrecht.

so schreibt die Coblenzer Volkszeitung, daß leitende Zentralorgan, wird seit einiger Zeit bei uns in einer Weise ausgetüftelt, die in weiten Kreisen Aufschluss erregt. Nicht jeder sagt vielleicht seine Meinung darüber raus heraus, weil es bei der heutigen Freiheit in der Konstituierung von Majestätsbeleidigungen nicht ganz ungefährlich ist, aber desto mehr Leute denken darüber das Ihrige. Von den Begnadigungen werden vorzugsweise und mit einer gewissen Regelmäßigkeit bestossen Duellanten und Polizeibeamte, die sich Ausschreitungen im Dienst haben zu Schulden kommen lassen. Jetzt ist wieder ein Polizei-Sergeant, Lorenz aus Altdamm, begnadigt worden, den die Strafammer in Stettin zu einem Jahre Buchhaus verurteilt hatte wegen schwerer Mißhandlung von Gefangenen und wegen des Versuchs, Geständnisse zu expressen. Er muss es sehr arg getrieben haben, denn sonst wäre auf eine so schwere Strafe nicht erspannt worden. Der Justizminister aber scheint den Gnadenvertrag bereits ausgearbeitet gehabt zu haben, bevor Lorenz seine Strafe antrat; denn kaum hatte er acht Tage abgessen, als ihm der Rest erlassen wurde.

Was denkt sich der Justizminister eigentlich dabei, wenn er derartige Begnadigungen empfiehlt? Das Begnadigungrecht ist das schönste Recht des Herrschers. Um so mehr sollte Vorsicht bei seiner Anwendung geübt werden, andernfalls verliert es im Volkswissen seine hohe Bedeutung. Der Monarch, dem ein Begnadigungsgesuch vorgelegt wird, kann sich um die Angelegenheit eines Polizei-Sergeanten oder Gendarmen, der da irgendwo im Lande verurteilt ist, nicht im einzelnen kümmern. Er hat Wichtigeres zu thun, als die Akten über eine solche verhältnismäßige Doppolie zu studieren. Es ist Aufgabe des Justizministers, den Fall, den er zur Begnadigung empfiehlt, genau zu prüfen. Warum man aber gerade immer Duellanten oder zu schwerer Strafe verurteilte Polizeibeamten der Gnade würdig finden kann, ist uns unbegreiflich.

Besonders unbegreiflich ist uns der Fall Lorenz, wenn er sich so abgespielt hat, wie die Blätter berichten. Wir vermuten, daß Polizeibeamte so häufig zur Begnadigung vorgeschlagen werden, weil man die Autorität der Polizei gefährdet glaubt, wenn sie ihre Strafe abhängen müssen. Man will namentlich den übrigen Beamten den Mut der "Schnelligkeit" nicht nehmen und glaubt damit die Staatsgewalt gegen den Umsturz gestärkt.

Kleine Chronik.

Leipzig, 29. September.

— **Dr. von Treitschke.** Der Kreuzzeitung wird von "unterrichtlicher Seite" mitgeteilt, daß der Koffer der Witwe und der unverheiratheten Tochter Heinrich v. Treitschkes eine namhafte außeroberliche Pension verliehen hat. Treitschke hat in seinen letzten Jahren die Sonne der Hofstatt nicht gescheut; die zwei letzten Jahre feiner deutschen Geschichte tragen die Schuld daran. Er hatte ein beziehungsreiches Vilnus Friedrich Wilhelms IV. von Preußen, des Großherzogs des Kaisers, entworfen, das ihm, dem Historiographen, die Sperrung der preußischen Archive eintrug, ein Schicksal, das er allerdings mit dem anderen Historiographen v. Sybel teilen mußte.

— **Graf Herbert als "Dichter".** Dem im Schuhhause am Feldberg, im Raum aufgelegten Fremdenalbum vertraute Graf Herbert Bismarck 1888 folgende graulichen Reime an:

Grauhaarige Gebegebenheit!

Immer grauer wird der Himmel!
Immer grauer treibt der Nebel!
Grau erblickt man Wiel' und Walb,
Selbst des Eels Mischgestalt
Will mir grauer fast erscheinen!
Ach, man möchte grau sich weinen!
Selbst die See! erfassst Grauen,

Himmel, kannst du nicht mehr blauen?

Nachdem wir diese schaurigen Verse Herberts gelesen, erscheint auch uns des Eels Mischgestalt noch grauer.

— **Dr. Tempeltey pensioniert.** Aus Coburg wird gemeldet: „Das herzogliche Geheime Kabinett wird mit dem 1. Oktober d. J. aufgelöst; der bisherige Präfekt besselben, Dr. Tempeltey, ist unter Verfehlung des Charakters als Wirtl. Geh. Rat mit dem Präfekten Exzellenz in den Ruhestand versetzt worden.“ Wer die Coulliengesichter des deutschen Liberalismus, die Heldenarten der Partei der Gothaer, die Umtreibe, Ränke und Schwänze des Coburgers kennt, weiß auch, daß Tempeltey die rechte Hand des kleinen Kurfürsten war. In den Memoiren der Bernhardi u. a. m. erscheint der Name Tempeltey, des Faktotums der gothaischen Durchlaucht, oft genug.

Er war eine labiale Schreibmaschine, so platt, stögt und

zu haben. Man denkt vielleicht, es sei besser, daß die Polizei sich mal zu einer Mißhandlung friedlicher Bürger hinreißen lasse, als daß sie allzu ungünstig im Aufstreiten gegen die autoritären Elemente sei. Man wird auf diese Weise allerdings das Selbstgefühl der inneren Polizeiorgane stärken und die Gefahr für Unschuldige, von ihnen geprägt zu werden, vermehren, aber die „Autorität“ wird man dadurch nicht stärken. Im Gegenteil, man erstickt die unzufriedene Menge nur noch mehr und gibt den Hexen Stoff, sie gegen die bestehende „Ordnung“ aufzureißen.

Oder was glaubt der Justizminister wohl, daß die Millionen von Sozialdemokraten denken, wenn sie sehen, daß ein Polizei-Sergeant Lorenz von der ihm mit Recht zudiskutierten Buchhausstrafe nach acht Tagen frei wird, während die Schröder und anderen Verurteilten des Essener Meineidprozesses schon über ein Jahr im Buchthaus sitzen? Dafür, daß Schröder und Genossen unschuldig sind, sprechen sehr gewichtige Gründe. Warum beantragt der Justizminister für sie nicht die Begnadigung? Weil sie Sozialdemokraten sind? Der Sozialdemokrat würde es nichts nützen, wenn dem allgemeinen Rechtsgefühl durch die Begnadigung entprochen würde; dagegen treibt es ihr sehr viel Wind in die Segel, wenn die Verurteilten — wie der eine von ihnen, Meyer, noch dieser Tage wieder öffentlich durch seine Frau hat erklären lassen — trotz jedes Gnadenbeschaffens ablehnen und auch nicht wollen, daß sie für sie ein Gnadenbeschafft einreichen, weil sie mit einem Anrufen der Gnade ihre Schnüre zugeben würden, wo sie doch unschuldig seien. Der große Auflauf, den die Bewegung zur Einreichung eines Gnadenbeschaffens für sie fand, zeigte, daß auch unter den Nicht-Sozialdemokraten schwerlich viele zu treten sind, die die Verantwortung für das Essener Urteil tragen möchten. Was die Sozialdemokraten denken, haben sie durch die großartige Sammlung für die Familien der Verurteilten bewiesen.

Wenn der Justizminister das richtige Verständnis hat für den Kampf gegen den Umsturz, wird er ernstlicher prüfen, ob hier eine Begnadigung angezeigt ist, als in Fällen, wo ein „Gentleman“ den anderen über den Haufen geschossen oder ein Polizist einen Unschuldigen zerprügelt hat. Ober da die Verurteilten wohl Gnade verabschieden werden, sollte er prüfen, ob die Essener Sache nicht ein Wiederaufnahmeverfahren verdient. Die Autorität des Gendarmen-Münster ist doch inzwischen stark erschüttert worden. Als in der letzten Reichstagssession die vielen Majestätsbeleidigungsprozesse zur Sprache gebracht wurden, verzichtete der Justizminister, es traten hier in großem Umfang Begnadigungen ein. Merkwürdig, daß man wohl immer wieder von Verurteilten wegen Majestätsbeleidigungen aber nie von Begnadigungen in den Zeitungen liest.

Der Eiser der Staatsanwälte in Verfolgung von Majestätsbeleidigungen ist ein sehr zweifelhaftes Mittel, Ansehen und Autorität des Monarchen zu fördern. Der Justizminister sollte die Wirkung des Eisers durch Begnadigungen möglichst zu paralyseren suchen. Es ist erstaunlich, wie kurz-sichtig gerade die Vertreter der Staatsgewalt in der Bekämpfung des Umsturzes sein können. Wo die Begnadigungen am allerungangrechtesten sind und nur der Sozialdemokratie Wasser auf die Mühle liefern, glaubt der Justizminister die Verantwortung übernehmen zu können, wo sie die öffentliche Meinung erwartet und sie der Sozialdemokratie willkommen Grüngoststoff entziehen könnten, da zögert er mit der Verantwortung der Gnade.“

Unschuldig verurteilt.

Zwei Fälle unschuldiger Verurteilung sind wieder zu vermelden. Aus Braunschweig wird berichtet:

Vor etwa einem halben Jahre wurde vom hiesigen Schwurgericht der Gipsfabrikant Käsewetter aus Badenhausen und seine Frau wegen Brandstiftung bzw. Verleitung dazu zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt, welche sie selber verbüßten. In der dreitägigen Verhandlung vor dem Schwurgericht hatten E. und Frau beharrlich ihre Unschuld beteuert, doch erfolgte ihre Verurteilung auf Grund eines Indizienbeweises. Der Fall wurde damals viel besprochen, und es ist begreiflich, daß es jetzt allgemeines Aufsehen erregt, daß Käsewetter und Frau vor einigen Tagen plötzlich infolge Gerichtsbeschlusses in Freiheit gesetzt worden sind, da ihre Unschuld an den Tag gekommen sein soll. Dies ist auf ganz romanhaften Weise geschehen. Der Seefener Beobachter erzählt darüber:

„Heral“ wie die Nationalzeitung, deren Redakteur er einst gewesen ist. Dass er auch „Dichter“ ist, in Gotha Hoftheaterintendant war und Jambenträgöden erzeugte, erhebt ihn erst zu dem ausgeprägten Käsewetter künstlerischen Bedeutungslosigkeit.

Er war schon viele Jahre ein stiller Mann. Nun sieht er im Auftragstäber.

— Die Romanwelt, eine Wochenschrift für die erzählende Literatur, herausgegeben von Otto Neumann-Höfer und Felix Klemens, erscheint vom neuen Quartal ab in moderner, geschmackvoller Ausstattung.

— Ein Kraftwort. Ein „Pastor aus der Nordmark“ schreibt im Volk über politische Pastoren. Und seine Verdammtheit steigert sich zu sublimier Höhe. Er ruft: „Kennen wir schweigen und stille sein, wenn sozialdemokratische Wölfe mit ihrem satanischen Christenhas einbrechen in die uns anvertraute Herde? Nein, niemals mehr, wir wären ja elende Viehlinge, nicht Hirten, wenn wir es thäten.“ Der Herr Pastor hat recht; die Schafe muß man hüten.

— Die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium in Preußen. Das Septemberfest des Centralblattes für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen veröffentlicht den Erlass des Kultusministers an sämtliche preußischen Universitäts-Kuratoren vom 16. Juli d. J., betreffend die Zulassung von Frauen zum gärtnerischen Besuch von Universitätsvorlesungen. Er lautet:

Der gärtnerische Besuch von Universitätsvorlesungen durch Frauen in Abweichung von dem Erlaß meines Herrn Amtsverwalters vom 9. August 1886 ist auf Antrag im Einzelfalle bisher von hier aus gestattet worden, indem die zuständige akademische Behörde veranlaßt worden ist, bei der Frage wegen Zulassung der Antragstellerin zu bestimmten bezeichneten Vorlesungen vorbehaltlich der Prüfung aller sonstigen Erfordernisse, insbesondere auch der genügenden Vorbildung, und vorbehaltlich des Einverständnisses der betreffenden Lehrer aus der Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht ein Bedenken nicht herzuheben. Euer Hochwohlgeboren ermächtige ich hierdurch, künftig in gleichem Sinne von dort aus Verfügung zu treffen, ohne daß es der Einholung meiner Genehmigung im Einzelfalle bedarf. Euer Hochwohlgeboren erliche ich ergeben, gesäßtlich hiernach das Erforderliche zu veranlassen. Wegen Einreichung eines Verzeichnisses der zugelassenen Hörsaalantunen beendet es bei meinem Glasse vom 17. März d. J.

Ein Soldat, der sich in Badenhausen auf Urlaub befand, stand in der Nacht, wo das Feuer ausbrach, mit einem Mädchen an dem Gartenzau des Käsewetter'schen Grundstückes. Der Soldat bemerkte nun, wie eine ihm bekannte Person aus der Gipsfabrik kam, wo das Feuer angelegt war. Der Soldat, der in Potsdam lag, glaubte, es werde, wie bei so vielen Feuern, die Ursache nicht ermittelt werden und die Sache im Sande verlaufen. Die Sache, vor Gericht zu erscheinen, hieß ihn ab als Zeuge aufzutreten, und auch des Mädchens wegen schwieg der Soldat über seine Wahrnehmungen und reiste in seine Garnison zurück, woselbst er nichts wieder von dem Prozesse hörte und sich auch keine Gedanken weiter darüber machte. Da erhielt er eines Tages ein Palet aus Badenhausen. Als Einwickelpapier war unter anderem auch eine Nummer des Beobachters benutzt. Zusätzlich war es die Nummer, in der die Gerichtsverhandlung und Verurteilung des Käsewetter'schen Ehepaars stand. Nun schlug ihm doch sein Gewissen. Er schrieb den Sachverhalt zunächst nach Hause und sah sich darauf veranlot, seine Wahrnehmungen amtlich zu Protokoll zu geben. Eine neue Untersuchung wurde eingeleitet, die die sofortige Freilassung des Käsewetter'schen Ehepaars herbeiführte und eine neue Verhandlung vor dem Schwurgericht zur Folge haben wird. Inzwischen ist nun auch das Besitztum des E. gerichtlich verkauft worden, so daß der Unglückliche auch finanziell schwer geschädigt ist.

Über einen anderen Fall unschuldiger Verurteilung berichtet die Volkszeitung unter 22. September aus Düsseldorf:

Heute vor sechs Jahren wurde vom hiesigen Schwurgericht der Arbeiter Bernhard Stuben aus Burscheid wegen Notzuchtversuches zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, die er auch verbüßte. In diesem Sommer hat nun ein gewisser Schäferstein auf seinem Sterbebett vor Zeugen erklärt, daß Stuben unschuldig sei; er, Sch., sei der schuldige Verbrecher. Auf Grund dieser Zeugenaussage wurde Stuben heute vom Schwurgericht freigesprochen. Die Verhandlung wurde trotz Überspruchs des Verteidigers unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt.

Über eine Justizreform zu Gunsten unschuldiger Verurteilter verlautet noch immer nichts. Wann endlich wird die so lange schon geforderte Entschädigung unschuldiger Verurteilter in den maßgebenden Kreisen Gehör finden?

Soziale Rundschau.

Hamburg, 28. September. Sechshundert Hafenarbeiter legten heute die Arbeit nieder wegen Lohndifferenzen, zugleich aber legten sie durch ihren Ausstand Protest ein gegen die Ausweisung Tom Manns und Buzzos.

Sattler! In Celle sind die 35 Sattler der Militärbranche wegen bedeutender Lohnherabdrückungen in eine Bewegung eingetreten. Die Fachgenossen mögen dies beachten!

Düsseldorf, 28. September. Die Klempner der Firma M. Werner in Düsseldorf haben wegen Accordlohnreduktion die Arbeit niedergelegt. 24 Mann sind ausständig; es werden sich die anderen Berufe noch anschließen.

Stuttgart, 28. September. Ein Teil der Buchbindereibesitzer versucht schon jetzt die Abmachungen mit der organisierten Arbeiterschaft wieder durch allerhand kleine Mittelchen zu durchbrechen; mehrfach sind auch Buchbinderei, die in der Bewegung irgendwie hervorgetreten sind oder sich um die Auflösung von Wissenden verdient gemacht haben, entlassen worden: „Arbeitsmangel“ ist in solchen Fällen immer vorhanden, selbst wenn die Aufträge ganz ungewöhnlich zahlreich einkommen.

Eine öffentliche Buchbinderversammlung hat am Sonntag vormittag zu den Vorträmmen Stellung genommen. Beim Hofbuchbinder Ullmann wird es vermutlich, so berichtet die Schwäbische Tagwacht, zum Streit kommen.

Wien, 28. September. In einer heute stattgehabten Versammlung der Werkstättenarbeiter der Stahlseilfabrik-Gesellschaft wurde einstimmig beschlossen, morgen die Arbeit einzustellen.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Gegen das System der Verpachtung von Gefangenen an Unternehmer spricht sich die Handels- und Gewerbelehrer in Bautzen in ihrem neuesten Jahresbericht aus. Die Kammer begründet ihren Standpunkt wie folgt:

Der Vächter der Gesangshaftarbeit hat keine Miete für Fabrikräume zu zahlen oder auf die Vergütung des in den Fabrikgebäuden angelegten Kapitals bedacht zu sein. Dadurch erhält er

— Die Errichtung eines Denkmals für Albert Borling, den Komponisten der Oper: Waffenschmid und Zar und Zimmermann, dessen 100-jähriger Geburtstag am 28. Oktober 1898 bevorsteht, ist vom Allgemeinen deutschen Musiker-Verbande angeregt worden. Von Borling existieren an den verschiedenen Orten seiner Wirksamkeit Gedächtnishäuser, aber ein würdiges Denkmal des Schöpfers unserer volkstümlichsten komischen Opern fehlt noch immer. Bei der Aufstellung des Denkmals kommen Berlin, wo er geboren und gestorben ist, und Leipzig, wo er von 1848 bis 1849 am Stadttheater wirkte, in Frage.

— Ein Denkmal für E. Renan. In Tréguier, der Heimat Renans, des großen Geschichtsschreibers der Religionen und Kritikers des Christentums, ist am 26. d. J. dem verstorbenen Gelehrten ein Denkmal gestellt worden. Es besteht in einer Marmortafel mit einem Kopf Renans darstellenden Medaillon und einer Inschrift. Diese Tafel wurde im Befstein des Sohnes und des Schwiegersohnes des Gelehrten, des Gemeinderats von Tréguier und bretonischer Freunde aus Paris an dem Geburts-Hause Renans befestigt, das jetzt seiner Gattin gehört. Die Klerikalen, die in der Bretagne noch zahlreich und mächtig sind, hatten alles aufgeboten, um die Anbringung der Gedächtnistafel untersagen zu lassen, und zu diesem Gebäude einen wahren Schmähfeldzug gegen den Verfasser des Lebens Jesu unternommen, aber ohne Erfolg.

Verhängung. Bei dem neidischen Gedichte von E. Hauth über den status quo (siehe Volkszeitung vom Sonnabend) sind leider einige Sachfehler stehen geblieben, die wir hiermit berichtigten. Es muß heißen Strophe 8, Vers 3 statt anderen — andern; Strophe 8, Vers 4 statt besiehn — bestehn; Strophe 4, Vers 8 statt türkischen Riesenlob — türkischen Riesenlob.

Humoristisches.

Unerwartete Wirkung. Geschäftsfreund: „Neulich ist mir etwas recht Unangenehmes passiert! Mein Haushalter war allein im Bureau und ich hatte den Schlüssel vom Geldschrank stecken lassen!“ — Kaufmann: „Na, und da hat er Sie natürlich ordentlich bestohlen!“ — Geschäftsfreund: „Das nicht — aber am nächsten Morgen kommt der Kerl und verlangt seine Kauflust zurück!“ (L. B.)

dieses für den Geschäftsbetrieb flüssig. Weiter hat er keine Aufwendungen für Gebäudereparaturen, Gebäudeversicherung, Grundsteuern sowie für Inventar, Heizung und Beleuchtung der Fabrikräume zu machen. Ferner erwachsen ihm keine Kosten für die Kranken, Unfälle, Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter und außerdem erspart er den für jeden Fabrikanten aus der Durchführung dieser Versicherungen bedingten höheren Verwaltungsaufwand, der nicht selten in der Ausstellung eines besonderen Beamten in die Erscheinung tritt. Jedoch nicht genug damit: neben diesen hervorragenden Vergünstigungen hat der Vächter den weiteren Vorteil, nur ganz geringe Löhne zahlen zu brauchen. Aus einer Lohn-tabelle, die nach den Angaben der Interessenten über die Arbeitsverhältnisse in den Strafanstalten zu Hohenstein in Sachsen und Görlitz in Schlesien aufgestellt ist, erhellt, daß der Vächter der Gefängnisarbeit 21—77 Proz. weniger an Löhnern zu zahlen hat, als der an sich schon um vieles schlechter gestellte Fabrikant, der sich die Beschäftigung freier Arbeiter sorgt.

Die Handelskammer wünscht, daß die Vächter der Gefängnisarbeit mit den Fabrikanten künftig, wenigstens soweit es sich um die Löhne handelt, gleichgestellt würden und ist in diesem Sinne beim Ministerium vorstellig geworden. Ob es was helfen wird, ist allerdings eine andere Frage. Die Gefängnisarbeit und ihre Folgen sind eben ein wunder Punkt, an dem schon seit je herumgedoltert wird.

Dresden, 28. September. Am Sonntag abend erfolgte im Kuppelsaal des Ausstellungspalastes der feierliche Schluss der Ausstellung des Sächsischen Handwerks und Kunstgewerbes. Hofrat Ackermann hielt eine Ansprache in poetischer Form, in der aber nichts über die unter den Ausstellern wegen der eigenartigen Prämiierung herrschende Unzufriedenheit vor kommt.

Die Gewerbeschau schreibt, die Bemerkung des Vorsitzenden der Protokollversammlung der Aussteller, die Gewerbeschau habe vier Wochen vor Bekanntgabe bereits das Resultat der Preisverteilung gefaßt, entbehre jeder Grundlage, da diese Zeitschrift, ebenso wie sämtliche anderen Zeitungen, erst am Tage der Prämierung davon Kenntnis erhalten habe.

Die Delegiertenversammlung des Allgemeinen sächsischen Lehrervereins fand am Sonntag abend hier statt. Der Verein zählt gegenwärtig 70 Bezirkvereine mit 8155 Mitgliedern. Nach dem gegebenen Kassenbericht schloß das Jahr 1894/95 mit einer Einnahme von 8672 Ml. und mit einer Ausgabe von 8432 Ml. ab, das Jahr 1895/96 mit einer Einnahme von 10580 Ml. und mit einer Ausgabe von 7818 Ml., also mit einem Kassenbestande von 3262 Ml. Das Vereinsvermögen bezeichnet sich gegenwärtig auf 9312 Ml. — Am Montag erklärte sich die Versammlung zu dem Antrage des Bezirkvereins Dippoldiswalde, Errichtung eines Sommerheims für Lehrer im östlichen Erzgebirge betr., im Prinzip für Unterstützung erkannter Lehrer, lehnte aber die Errichtung eines besonderen Heims ab und will dafür einen Fonds zur Erreichung genannten Zwecks begründen.

Beim zweiten diesjährigen Maurerstreik sind 8546 Ml. vereinnahmt und 8468 Ml. verausgabt worden, so daß ein Bestand von 78 Ml. bleibt.

Das Generalkommando des 12. Armeecorps hat den Militärpersonen den Besuch von drei Restaurants verboten.

Der ehemalige Münchener Gemeindebeamte Behr in Pieschen, der bereits früher einmal in Untersuchungshaft gesessen, wurde als der Brandstifter dringend verdächtig verhaftet.

Einzig junge Männer, die lieber den Staub von den Pantoffeln schüttelten, als sich in den bunten Rock stecken ließen, werden vom Staatsanwalt gesucht. Am 10. November soll gerichtet gegen sie vorgegangen werden.

Der Rechtsschuhverein für Frauen hat im Interesse der weiblichen Ladenangestellten eine den Achtuhrladenchluss betreffende Petition an den Bundesrat in Umlauf gesetzt.

Der Tischlerstreik bei Neidlinger ist beendet. Die freikundigen Arbeiter sind durch andere ersetzt worden, denen 35 Pf. Stundenlohn gegen 33 Pf. wie ihn die alten Arbeiter erhalten, gezahlt worden. Einen Vorteil hat also der Streik doch gehabt.

Nossen, 27. September. Eine sonderbare Polizeistunde wird hier vom 1. Oktober ab eingeführt. Danach sind die Gast- und Schankwirte verpflichtet, minderjährige Personen, sowie sämtliche Schüler der hiesigen Lehranstalten (Schlosser-, Bau-gewerken- und Beamteneschule) nicht länger als bis nachts 12 Uhr in ihren Schankräumen zu dulden. Zwiderhandlungen sowohl von Seiten der Wirtle als auch der betr. Personen werden mit einer Geldstrafe bis zu 60 Ml. oder Haftstrafe bis zu 8 Tagen geahndet werden. Gast- und Schankwirte, welche diese Bestimmungen zuwiderrufen, haben außerdem zu gewährten, daß für ihre Schanklokale Polizeistunde für sämtliche Gäste angeordnet wird. Diese Verordnung wird manche Unaufnehmlichkeiten zur Folge haben. Wenigstens werden die Wirtle manchmal ihre Not haben, festzustellen, ob ein Gast minderjährig oder großjährig ist.

Olsnitz, 28. September. Am Donnerstag fand die erste Versammlung des hiesigen Gewerkschaftskartells statt. Auf der Tagesordnung stand Statutenberatung und Wahl des Vorstandes. Als 1. Vorsitzender wurde der Tischler Genosse Hermann John, Webergasse 20, gewählt.

Gossebande, 27. September. Die Vereinigte Eisenbahnbau- und Betriebs-Gesellschaft zu Berlin beabsichtigt von hier nach Wilsdruff eine Eisenbahn bauen zu lassen. Das Projekt wird in der zu berührenden Gegend mit Freuden begrüßt.

Wittau, 28. September. Der hiesige Konsumverein gedenkt die Rechte der juristischen Person zu erwerben.

Wehlen, 28. September. Die Masernepidemie ist nicht so schlimm aufgetreten, als es nach den ersten Nachrichten den Anschein gewann. Zu einem Schulabschluß lag keine Veranlassung vor, da vorwiegend Kinder unter 6 Jahren von der Krankheit betroffen worden sind, von denen allerdings 6 verstarben. Die Epidemie ist übrigens im Erdöschau begripen.

Kirchberg, 28. September. Eine von etwa 150 Personen besuchte öffentliche Versammlung von Konsumvereinsmitgliedern und Interessenten der Konsumvereine nahm Stellung gegen die den Konsumvereinen drohenden Maßnahmen, insbesondere gegen die Umsatzsteuer. Nach reger Aussprache wurde die bekannte unsägliche Zwicker Resolution angenommen.

Schönbeck, 28. September. In der öffentlichen Sitzung des Stadtgemeinderats wurde beschlossen, für Zwecke eines zu errichtenden Elektricitätswerkes eine Anleihe von 60000 Mark bei der Landwirtschaftlichen Kreditanstalt aufzunehmen.

Königsbrück, 27. September. Der beim hiesigen Postamt angestellte Landbriefträger H. verschwand vor einigen Tagen auf seinem Postweg. Gestern wurde dessen Leichnam im

Walde zwischen Gottsdorf und Neukirch aufgefunden. H., welcher Frau und ein Kind hinterläßt, hat seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Was ihn zum Selbstmord getrieben ist, noch nicht bekannt.

Großschönau, 28. September. Zur hiesigen Gemeindewahl haben sich 54 Bewerber gemeldet, unter denen die verschiedensten Stände vertreten sind, wie Bürgermeister, Gemeindeworstände, Gemeindebeamte, auch Dienentenants a. D. und Lehrer, Gerichtsbeamte u. s. w.

Dengenfeld, 28. September. Der Maurer Thomas hatte sich vor dem Landgericht Plauen wegen Bekleidung des Bürgermeisters Giese und der gesamten Stadtvertretung zu verantworten, wurde aber freigesprochen. Die Bekleidung sollte in der Deficitangelegenheit der hiesigen Ortsrentenklasse gefallen sein.

Gotha, 28. September. Der erste Landtagswahlkreis Tambach wurde gleichfalls erobern. Wir haben nunmehr acht Mandate.

Schlenditz, 28. September. Der Sohn eines gut situierten Fleischermeisters sollte eine Ehe eingehen, von der er nichts wissen wollte. Da die Eltern ihren Willen durchaus wollten, ging er auf den Huboden und erhängte sich.

Aus der Partei.

Delegierte zum Parteitag. Braunschweig: Nebalkleur Koch. — Dessau: Döbert. — Lübeck: Schwarz. — Bremen: Schmalzeldt. — Für den hessischen Reichstagswahlkreis Hanau-Gelnhausen: Stein. — Stettin: Appel. — Kreis Bochum: Lehmann-Dortmund. — Hamburg 1. Wahlkreis: Bömelburg; 2. Wahlkreis: Weinheber; 3. Wahlkreis: Marttte, Kleinfeldt und Sienknecht. — Altona: J. Heine. — Wahlkreis Offenburg: Haug-Helberg. — Karlsruhe: Kolb. — 2. Nassauischer Wahlkreis: Quast.

Leipzig, 28. September. Verworfen wurde vom Reichsgericht die Revision der Nebalkuren Kauffmann und Thiemke sowie des Verlegers Weniger von dem Harburger Volksblatt, unserem Bruderorgan. Sie waren vom Landgericht in Stade wegen Bekleidung verurteilt worden, weil sie in ihrem Blatte die Thatstelle mehrfach mißgeltet hatten, daß ein Gastwirt J. sich das Wiederkommen der Sozialdemokraten in sein Haus verboten hatte. Der Reichsanwalt nannte das einen unerhörten Terrorismus!

Beschlagnahmt wurde am Sonnabend die Nummer 224 des Volksblattes für Halle wegen eines Artikels: Obmungshüter in Thätigkeit, durch den gegen § 181 des Strafgesetzbuchs (Aufreizung) verstoßen worden sein soll. Gleichfalls konfisziert wurde gestern die Nr. 189 der Thüringer Tribune und des Nordhäuser Volksblatts und die Nr. 98 der Freien Presse. Die beschlagnahmten Blätter sollen eine Bekleidung enthalten.

Der Genter Vooruit hat seine Verleumder, wie wir schon mitgeteilt haben, gründlich abgeführt. Der Anwalt Dewitte, des Genossen Ansees Schwager, ist als Bütner durch die Behörden enttarnt worden. Diese haben auf Dewittes Denunziation den Betrieb des Vooruit untersuchen lassen. Zwei Fabrikinspektoren, die Herren de Buck und Geert, wurden mit der Untersuchung betraut. Sie erklären: „Wir haben festgestellt, daß die Gesellschaft Vooruit alle Arbeit, die die Nährinnen in ihrem achtstündigen Arbeitszeit über das Minimum hinaus produzierten, vollständig bezahlt, daß von dem Überschuss (über das Minimum hinaus) 80 Proz. in die Hand, 15 Proz. in die Unterstützungskasse der Nährinnen und 25 Proz. in die Klassenkasse der Nährinnen (für einen kurzen Ferienausflug) gezahlt werden, daß diese Zahlungen regelmäßig erfolgt sind, und daß die Bütner regelmäßig geprüft werden, und endlich, daß dieses System zwischen den Arbeitern und dem Exekutiv-Ausschuss der Gesellschaft Vooruit vereinbart worden ist.“

Gerichts-saal.

Landgericht.

Leipzig, 28. September.

Die Rechtsgläubigkeit eines Mädchens ausgenutzt. Der 23 Jahre alte Handlungshelfer Paul Julius Kurt Simon aus Schönsfeld ist in Halle einmal wegen Bevrugs zu 20 Ml. Geldstrafe und am 6. Dezember 1894 wegen zum Schaden des Braunkohlenwerks Vorna in Höhe von 662 Ml. verübt. Bevrug und wegen Unterklausung zu einem Jahr und einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Nach Verjährung dieser Strafe hatte er im Comptoir der lithographischen Anstalt von J. bei einem Monatsgehalt von 100 Ml. Stellung erhalten. Von den Geschäftsräumen aus konnte er bequem die in der dritten Etage des Nachbarhauses gelegene Wohnung der Witwe des Dekorationsmalers J. übersehen und hatte wahrgenommen, daß Frau J. zwei erwachsene Töchter besaß. Obgleich S. ein Verhältnis mit einem Mädchen in Weimar unterhielt, daß nicht ohne Folgen bleiben wird, schrieb er am 5. Mai an Frau J. einen Brief, in dem er um Eingang in die Familie bat. Seiner Bitte wurde entsprochen und bald entpann sich zwischen S. und der 25-jährigen Tochter Anna ein intimes Verhältnis. Wenige Tage danach, am 4. Juni, schwindete er dem Mädchen vor, daß im Geschäft Korekturen verborben worden seien und daß das ganze Personal den Schaden tragen müsse. Er selbst müsse davon 250 Ml. decken und habe bereits 150 Ml. von der Sparfassade abgehoben; es fehlten ihm aber noch 100 Ml., die sie ihm leihen möge. Er erhielt auch die 100 Ml. Am 20. Juni hatte er schon ein neues Anliegen. Er erklärte, daß sein Freund J. sich in Not befände und einen Bechsel über 250 Ml. einzählen müsse; da J. das Geld nicht habe, müsse er für seinen Freund einspringen. Früher J. ließ sich auch beschwören und verlauterte einen Hypothekenbrief über 1000 Ml. und gab ihm das Geld. Als Simon merkte, daß der Vorn so reichlich floß, drängte er, um das Mädchen sicher zu machen, zur Verlobung. Am 29. Juni wurde diese denn auch gefeiert und öffentlich bekannt gemacht. Wenige Tage darauf erfuhr seine Verlobte von seiner Vorstrafe. Er bemerkte nun einen ihm von dem Direktor des Braunkohlenwerks Vorna gefundenen Brief, durch den er aufgefordert wurde, die unterschlagene Summe zu decken, um von der J. in der ersten Hälfte des Juli 170, 120 und 142 Ml. zu erlangen, die ihm, um ihren Namen nicht bloßzustellen, auch die Beiträge gab. Von diesem Gelde hat er keinen Pfennig nach Vorna gefaßt, ebenso wenig wie er die ersten beiden Summen zu dem angegebenen Zwecke verwendet hatte. Sämtliche erlangten Beiträge hat er vielmehr in leichter Gesellschaft verjubelt. Am 16. Juli schrieb er ihr

endlich noch einen überschwenglichen Brief, worin er sie zum Schluß bat, ihm noch die Summen von 61 Ml. und 87 Ml. zu leihen, die er sich von seinem Prinzipal „geborgt“ habe. Die J. die kein Geld mehr besaß, konnte seiner Bitte nicht entsprechen. Als sie ihm dies mitteilte ließ, sandte er trotzdem im Laufe eines Vormittags fünfmal Boten zu ihr, um das Geld zu erlangen. Natürlich war auch diese Mühe umsonst. Als er sah, daß nichts mehr zu bekommen war, schrieb er ihr einfach einen Abschiedsbrief und hob die Verlobung auf. Nun endlich sah die J. ein, daß sie geprellt worden war und stellte gegen S. Strafantrag. Vor der IV. Strafklammer suchte S. die Sache so darzulegen, als wenn ihm das Geld und das Verhältnis aufgedrungen worden sei. Es stellte sich auch heraus, daß S. die von seinem Prinzipal angeblich erborzte Vertragsuntertragung hatte, weshalb er sich später noch zu verantworten haben wird. Das Gericht sah als erwiesen an, daß Simon von vornherein nicht die Absicht gehabt, die J. zu ehelichen, sondern daß er darauf ausgegangen ist, die J. anzunehmen. Nur schwer habe man sich, so wurde weiter vom Vorwährenden ausgeschaut, entziehen können, S. mildende Umstände zu zugestimmen. Das Gericht hat diese aber nochmals angenommen, weil ihm seine Vertragsrechte durch die Leichtgläubigkeit der J. sehr leicht gemacht worden sind. In Rücksicht auf die Freiheit und Gewissenlosigkeit, mit der S. die Vertragsrechte verübt hat, sowie auf die Höhe der Summe verurteilte das Gericht Simon zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehverlust.

Prozeß gegen Pastor Naub-Gladow.

H. W. Stettin, 28. September.

Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute die Verhandlung gegen den in der Mitte der 40er Jahre stehenden evangelischen Pastor Hermann Naub, der bis zum Mai d. J. das Pfarramt in Gladow bei Greifswald in Pommern verwaltete. Naub war in weiteren Kreisen durch seine Thätigkeit innerhalb der christlich-sozialen Bewegung bekannt geworden und hatte sich vielfach bei den pommerschen Großgrundbesitzern durch sein Eintreten für eine Verbesserung der Lage der ländlichen Arbeiter mühlig gemacht. Da wurde plötzlich Mitte Mai d. J. von dem Amtsgericht in Pößelow das Konkursverfahren über das Vermögen des Gladower Pfarrers eröffnet, und bald nachher hörte man, daß Pastor Naub „auf die Nadel des geistlichen Amtes verzichtet“ habe. Wenige Tage später meldeten die Zeitungen dann auch bereits die Verhaftung Naubs, die in der Nacht vom 15. zum 16. Mai erfolgt war. Als ihm der Superintendent seinen Besuch zum Zwecke einer Kassenrevision angekündigt hatte, hatte Naub geantwortet, er brauche nicht zu kommen, die Kasse stimme nicht. Wie es heiße, ist der betrügerische Geistliche zu diesem Eingeständnis nur dadurch gezwungen worden, daß ein ihm befreundeter Bankier, von dem er bei drohenden Kassenrevisionen das nötige Geld zu entleihen versprach, kurz vor dieser letzten Revision gestorben war.

Der konservative Reichsbote schrieb damals bald nach der Verhaftung, daß Pfarrer Naub in Stettin und Umgegend längst mit Spionage belegt war und überhaupt seine Lebenshaltung so bekannt war, daß man sich billig wundern müßt, daß nur seine vorgesetzten Behörden nichts davon zu wissen scheinen. Naub hatte bis vor zwei Jahren die Schlüssel zur Kirchenkasse in Verwahrung und somit ganz unkontrollierbaren Zugang zu deren Inhalt. Vor zwei Jahren entstanden Missigkeiten zwischen ihm und dem Gemeindelichenrat, der sich über die häufige Abwesenheit des Pastors beschwerte. Die Folge der Auseinandersetzung war, daß Pastor Naub scheinbar die ganze Kassenverwaltung aus der Hand gab, indem er die Schlüssel vom Geldschrank abgab. Er behielt jedoch Doppelschlüssel in seinem Besitz, selbsterklärend ohne daß der Gemeindelichenrat hiervom etwas ahnte. Da außerdem der Geldschrank im Pfarrhaus stehen blieb, so konnte Naub nach wie vor an die Kirchenkasse kommen. Er setzte die bereits vor Jahren begonnenen Eingriffe in die Kasse fort, deren Inhalt, soweit er in Wertpapieren bestand, er verlaufen. Diese Wertpapiere waren aber vorchristlich durch einen Kirchenratsbeschuß außer Acht gesetzt, d. h. sie trugen einen Vermerk, der sie in den Händen eines eventuellen Diebes vollständig wertlos mache. Um sie trotzdem verwerfen zu können, schrieb Naub unter diesen Vermerk einen singulären Beschluß des Gemeindelichenrats betreffs Wiederinkurstellung der Papiere, dessen Unterlagen in geschickter Weise gefälscht waren. Auf diese Fälschung stützt sich die Anklage wegen schwerer Urkundenfälschung. Außerdem soll Naub kostbare Kirchengräte verlaufen und den Erlös für sich verwandt sowie schließlich sich auch noch den Inhalt einiger kleinerer ihm anvertrauter Kassen angeeignet haben. Die Anklage wirkt ihm deshalb Unterschlagung im Amte, schwere Urkundenfälschung, einfache Unterschlagung und einfache Bankrott vor. Da diese Straftaten aus Sicht der Samen soll bereits einmal ein Kirchenältester Pastor Naub gegenüber Zweifel darüber gehabt haben, ob auch die Kirchenkasse stimme, worauf jener ihm mit einer Anzeige beim Staatsanwalt gedroht habe für den Fall, daß er sich noch einmal unterstünde, einen Verdacht gegen seine, des Pfarrers Ehrlichkeit laufen zu lassen. Naub suchte immer durch Lotteriespiel sc. das Unterschlagene wieder einzubringen, jedoch vergebens. Naubs Vater war vom Judentum zum Christentum übergetreten und dann Oberpfarrer in Pößelow. Er wurde vor etwa 15 Jahren wegen unheilbaren Wahnsinns einerseits. Ein Bruder dieses Vaters, also ein Onkel des Angeklagten, war bis vor wenigen Jahren Bankier in Stettin.

Den Vorsitz in der heutigen Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Genz, die Anklage wird vertreten durch Staatsanwalt Blaschke, die Verteidigung ruht in den Händen des Rechtsanwalts Beermann-Stettin.

Um 9½ Uhr wird der Angeklagte in den Saal geführt. Er ist von Mittelgröße und untersetzter Statur und trägt einen dunklen Vollbart. Man sieht ihm die Folgen der viermonatlichen Untersuchungshaft und der damit verbundenen Aufregungen deutlich an. Naub hat auch mehrere Wochen, bis vor Kurzem, im hiesigen Gefängnislazarett zu bringen müssen.

Nach Ablösung der Geschworenen, bei der der Verteidiger von seinem Recht, acht Geschworene abzulehnen, in vollem Umfang Gebrauch macht, erhebt der Angeklagte Einspruch gegen einen Geschworenen, weil er Mitglied einer von ihm, dem Angeklagten, geschädigten Genossenschaft sei. Der Gerichtshof hält den Einwand des Angeklagten nicht für gerechtfertigt.

Das Verhör des Angeklagten gestaltete sich wie folgt: Präsident: Angeklagter, bekannen Sie sich schuldig? — Angeklagter: Ja. Der Angeklagte gibt Johann an, daß er seit 1. April 1888 Pfarrer in Gladow war, als welcher er auch das Vermögen der beiden Gemeinden verwaltete. Anfangs war dieses Vermögen in zwei eisenbeschlagene Loden mit dreisachem Ver-

schluß aufbewahrt. Später im Jahre 1889 wurde ein Schrank mit einfacherem Verschluß beschafft, in den zwei Kassetten mit doppeltem Verschluß gestellt wurden. — Präf.: Bis wann waren Sie Mendant? — Angell.: Bis 1893. — Präf.: Haben Sie auch die kleinen Bonds, an denen Sie sich vergrißen, in amtlicher Eigenschaft in Verwahrung? — Angell.: Nein. — Präf.: Wann haben Sie nun den ersten Griff in die Kasse gehabt? — Angell.: Ich glaube im Jahre 1889 oder 1890. — Präf.: Behanden Sie sich damals in besonderer Geldverlegenheit? — Angell.: Ja, die Geldverlegenheiten kamen daher, daß ich mit 2000 M. kleinen Schulden meine Stellung in Gladow antrat und außerdem dort die mit der Pfarre verbundene Aderwirtschaft sehr danach verlagert und ich mich bei dieser Bevölkerung in weitere Schulden stürzen mußte. — Präf.: Welches Einkommen hatten Sie in Ihrer vorhergehenden Stellung? — Angell.: Etwa 1200 Thaler. — Präf.: Und in Gladow? — Angell.: 1700 Thaler. Daraus ging aber eine Prüfung ab, so daß mir ein Einkommen von etwa 3500 M. verblieb. Hierzu sollte hinzukommen das Einkommen aus der nicht verpflichteten Aderwirtschaft von 80 Morgen. Zu dieser habe ich aber noch von meinem Gehalt zuschließen müssen. (Schluß folgt.)

Den Geschworenen wurden 14 Schuldfragen vorgelegt. Der Staatsanwalt beantragte das Schuldig in vollem Umfang unter Berneinigung widerstehender Umstände. Der Verteidiger bat um Berechnung widerstehender Umstände für seinen Clienten. Gegen 9½ Uhr abends zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück; sie bejohlen die Schuldfragen nach dem Antrage. Der Staatsanwalt beantragte darauf sechs Jahre Buchthaus, 6000 Mark Geldstrafe, eventuell noch zweihundert Tage Buchthaus und sechs Jahre Ehrverlust. Der Gerichtshof erlaunte auf sieben Jahre Buchthaus und sieben Jahre Ehrverlust.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 29. September.

Am heutigen Tage blickt die Leipziger Volkszeitung auf ein zweijähriges Bestehen zurück. Am 29. September 1894 erschien die Probenummer des inhaltlich wie räumlich bedeutend erweiterten neuen Kampforgans und dank des Eisens, den unsere Genossen und Freunde bei der Werbung neuer Abonnenten bewiesen, gelang es der Leipziger Volkszeitung in wenigen Wochen, die Abonnentenzahl, die ihr Vorgänger Der Wähler besessen hatte, fast zu verdoppeln und damit die Existenz des vergrößerten Blattes sicher zu stellen. Und die Volkszeitung hat es verstanden, sich die neu gewonnenen Leser auch zu erhalten, trotz der immerwährenden Fluktuation unter der arbeitenden Bevölkerung. Und über die Wirksamkeit der Volkszeitung besteht im allgemeinen nur ein Urteil. Wie in der Anerkennung der eigenen Genossen und Freunde drückt es sich aus, in dem Höß und der Verfolgung, deren sie sich bei unseren Gegnern zu erfreuen hat. Wie bisher wird die Leipziger Volkszeitung auch weiterhin mit Energie und Nachdruck die Sache des im seine Befreiung aus wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung ringenden Proletariats führen. Selbstverständlich rechnen wir noch wie vor auf die thatkräftige Unterstützung unserer Genossen in der Gewinnung neuer Leser, damit die Leipziger Volkszeitung an ihrem nächsten Geburtstag mit noch größerer Verstärkung auf ihre Tätigkeit und Entwicklung zurückblicken kann. Was immer die Genossen für ihre Zeitung thun, sie thun es für sich selbst, für ihren Kampf, den sie gegen alle ihre Feinde und die Wideracher einer vernünftigen Gesellschaftsordnung führen. Freudigen Mutes beginnt die Leipziger Volkszeitung das neue Lebensjahr!

Der Ausstand der Rahmenköpfer (Tischler) ist nach achtzigigem Kampfe beendet. Überall ist der Tarif der Gehilfen ausgeräumt, nur bei der Firma Windisch, Jägersstraße, sind noch einige Ausstellungen zu machen.

Dass Arbeitsetstellungen, wenn sie ihren Zweck nicht gänzlich verfehlten sollen, wohl vorbereitet sein müssen, beweisen die Vorgänge bei dem fürstlich begonnenen Bahnbau Plagwitz-Marktstadt. 80 Arbeiter stellten am Freitag die Arbeit ein, weil ihnen der geforderte Lohn von 85 Pf. an Stelle des jetzt gezahlten Stundenlohnes von 30 Pf. nicht bewilligt wurde. Die Mehrzahl nahm die Arbeit jedoch zu dem alten Lohnsatz bald wieder auf. 20 andere Arbeiter aber wurden nicht wieder eingestellt.

Die Leipziger Gewerberäte hält nächsten Freitag nachmittags 5 Uhr eine öffentliche Sitzung ab, in der zu dem Gesetzentwurf über die Zwangorganisation des Handwerks und die Regelung des Lehrlingswuchens Stellung genommen werden soll.

Von der Amtshauptmannschaft werden am 12. und 13. Oktober wegen Reinigung der Expeditionskontrollen nur dringliche Geschäfte erledigt.

Ein Sonderzug zum Besuch der Berliner Gewerbeausstellung wird nächsten Sonntag den 4. Oktober wieder vom hiesigen Bahnhof 6 Uhr 34 Min. vormittags abgefahren. Rückfahrtkarten 2. Klasse 6.90 M., 3. Klasse 4.70 M.

Die diesjährigen Herbst-Kontrollversammlungen in Leipzig-Stadt und Amtshauptmannschaft Leipzig, an denen nur Meisterlisten, mit Ausnahme der Erbsatz-Reservisten, dauernd und zeitig Halbwaisen und die zur Disposition des Erbsatzbehörden entlassenen Mannschaften teilzunehmen haben, finden in Leipzig-Stadt vom 2. bis mit 5. in Leipzig-Land vom 2. bis mit 6. November d. J. statt. Die Bevorratung hierzu erfolgt nicht durch öffentliche Bekanntmachung. Große grüne Plakate, die in Leipzig an den Dienstgebäuden der Behörden, auf den Bahnhöfen u. s. w. von Mitte Oktober und an sämtlichen Plakatständern vom 29. Oktober an aushängen werden, geben alle näheren Bestimmungen bekannt. In der Amtshauptmannschaft Leipzig werden diese Plakate von den Orts- und Gemeindebehörden an geeigneten Stellen von Mitte Oktober an zur Aushängung gelangen. — Im vorigen Jahr, wo zum erstenmal von der verhältnislichen Bedeutung der Gestaltungspflichtigen abgesehen wurde, fehlten bei den Kontrollen viele Personen, weil ihnen die öffentliche Bekanntmachung nicht zur Kenntnis gelangt war.

Die Mans- und Klauenensche ist im Rittergut Taucha und im Vorwerk Portitz erschossen, im Gut 24 zu Gildenhoffsa über ans neue ausgebrochen.

Wettbewerb. Befürwortung von Einwilligen eines künstlerisch ausgeführten Titelkopfes für die Deutsche Techniker-Zeitung, Zeitschrift auf dem Gebiete der Technik und Verländigungsbüllt des Deutschen Techniker-Verbandes, eröffnet der Deutsche Techniker-Verband unter den Angehörigen des deutschen Reiches einen Wettbewerb. Das Programm und die Bedingungen können vom Bureau des Deutschen Techniker-Verbandes, Berlin C, Präsidentenstraße 7, kostengünstig bezogen werden. Endtermin für die Einsendung der Werke ist der 16. November 1896 nachmittags 5 Uhr; es sind ein erster Preis von 100 M. und ein zweiter Preis von 50 M. für die zwei besten Lösungen ausgesetzt, jedoch bleibt es dem Ermessen der Preisrichter überlassen, auch eine anderweitige Verteilung der Preise zu beschließen.

Folgende Warnung an junge Mädchen. die Stellungen in Österreich annehmen wollen, erlässt das Departement de Justice et de Police des schweizerischen Kantons Waadt: "Die Eltern, die junge Mädchen in Stellung nach Österreich schicken, werden von dem Vorhandensein einer organisierten Vereinigung in Kenntnis gesetzt, die die Verantwortung gewisser schlechter Häuser ist; dieser Handel hat seinen Mittelpunkt in der Schweiz, besonders in Bern und Genf. Die jungen Mädchen werden über Lindau-München spaziert, von da bringt man sie nach Italien nach dem Orient oder über Wien nach dem Balkan."

Arbeiterkrisko. Von einer Kuh wurde auf dem hiesigen Schlachthof ein 1873 zu Cossa geborener Küfer so erheblich gegen den Kopf geschlagen, daß er eine stark blutende Wunde erhielt und nach Unlegung eines Notverbandes nach dem Krankenhaus befördert werden mußte.

Gut abgelaufen. In der Brandstraße zu Connewitz stürzte am Sonntag nachmittag ein zweijähriges Mädchen aus einem 1½ Stock hoch gelegenen Fenster des Treppenhauses in den Hof hinab. An dem offenen Fenster sah die Schutzvorrichtung. Zum Glück ist das Kind ohne jede Verletzung davongekommen.

In großer Gefahr schwieben gestern vormittag zwei allein gelassene Kinder in dem Hause Naundörschen 20. Ein 8½ Jahre altes Mädchen hatte in der Wohnstube mit Streichholzschäften gespielt und dabei das Sofa in Brand gesteckt, worauf es zu ihrem in der Kammer schlafenden 5 Monate alten Bruderchen ins Bett geschlüpfte war. Die durch Brandgeruch aufmerksam gewordene Hausbewohner sah die Feuerwehr in Kenntnis, die sofort erschien. Doch war die Rettung der Kinder nicht so leicht. Beim Öffnen der Thür drang der Feuerwehrleuten ein dichter Rauch entgegen, so daß die Rettung fast unmöglich erschien. Drei Feuerwehrleute drangen jedoch auf Händen und Füßen vorwärts kriechend ein, und es gelang ihnen, die schon fast erstickten Kinder in Sicherheit zu bringen. Der Brand selbst wurde in kurzer Zeit gelöscht. Der inzwischen heimgekehrte Mutter konnten die Kinder wohlbehalten übergeben werden.

Unfälle. Gestern mittag verunglückte beim Verlassen eines Pferdebahnwagens in der Wintergartenstraße ein Fahrgärt. Er knickte sich ein Bein aus und erhielt ärztliche Hilfe durch die erste Sanitätswache in der Hainstraße. — Gestern abend kam infolge eines Fehltrittes ein hiesiger Geschäftsmann in der Grenzstraße zum Fassen. Er vertanzte sich den linken Fuß derartig, daß er sich in seine Wohnung tragen lassen mußte.

Blutvergiftung. Das 21 Jahre alte Dienstmädchen Marie S. zog sich beim Ausklopfen von Kleiderbügeln einen Stich in die rechte Hand durch eine in den Sachen steckende Nadel zu. Anfangs der Wunde keine Beachtung schenkend, mußte sie sich bald, da Hand und Arm anschwellt, nach dem Krankenhaus St. Jakob begeben, woselbst Blutvergiftung konstatiert wurde.

Ein verwegener Diebstahl wurde in Möckern auf offene Straße begangen. Dort ist von einem Unbekannten ein zweihändiges Fleischtransportgeschirr mit der Firma Fleischtransport A. Harras Halle mitamt der Ladung, aus Kalbsbraten im Werte von 200 M. und einem Sack Käse im Werte von 115 M. bestehend, von dem Platz vor dem Gasthofe zum Löwen, wo der Führer den Wagen kurze Zeit hat unbefüllt stehen lassen, gestohlen worden. Die Pferde werden beschrieben als ein auf beiden Augen blinder Brauner und ein Schimmel mit besonders starkem Schwanz.

Zwei Ziegen entwendet. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag haben unbekannte Diebe einen verschlossenen Stall auf einem Platz in Neustadt aufgebrochen und daraus zwei Ziegen gestohlen. Wie die vorgefundene Blutsprühenspuren schließen lassen, haben die Diebe die Tiere an Ort und Stelle abgeschlachtet.

Baumfrevel. In der Nacht vom 20. zum 21. d. M. sind auf der fiskalischen Eisenburger Straße in den Fluren Portitz und Taucha, sowie in der Nacht vom 21. zum 22. d. M. auf der fiskalischen Reichenhainer Straße in der Flur Probstheida mehrere junge Bäume durch gänzliches Abschneiden bezw. Abbrechen der Kronen vernichtet und beschädigt worden. Demjenigen, durch dessen Hilfe es gelingt, die Täter zur gerichtlichen Bestrafung zu ziehen, wird eine Geldbelohnung bis zu 30 M. aus Staatsmitteln von der Amtshauptmannschaft Leipzig zugesichert.

Die Lohnbewegung der Buchbinder.

Die endgültigen Antworten der Unternehmer des Buchbinderverbes auf die von den Gehilfen gestellten Forderungen waren der Verhandlungs-Gegenstand der am gestrigen Abend im Pantheon abgehaltenen von etwa 1200 Personen besuchten Versammlung. Der Berichterstatter der Lohnkommission Kolleg Kloth verlor die Firmen, die der Lohnkommission die Bewilligung der Gehilfen-Forderungen haben zugehen lassen. Ihre Zahl beträgt etwa 40. Bei Beprüfung derjenigen Geschäfte, die den Forderungen der Gehilfen die Sanktion verliehen, kommt der Referent zuerst auf die Firma Münzwitz zu sprechen, die zwar jetzt bewilligt habe, aber vorher schon mehrfach ihre Bewilligung wieder zurückgezogen hatte. Weiter streifte er nochmals den zu Gunsten der Arbeiter verlaufenen Ausland bei F. Gross, Eisenburgerstraße, und ging dann auf die Verhandlungen mit Herrn H. Fritschner ein. Nachdem am Sonnabend auch die früher siebzehnbliebenen Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeitsstätte verlassen hatten, wandte sich Herr F. in seiner Bedrängnis, denn er hatte bis nachmittags eine Uferung fertig zu stellen, an die Sonnabend-Vormittag-Versammlung, mit dem

Ersuchen, um sofortige Zusendung seines Festerin und Folzerin; die gestellten Forderungen der Buchbinder wolle er bewilligen. Die Versammlung sandte ihm daraufhin den Bescheid, daß er mit der Lohnkommission verhandeln solle, daß niemand geregt und jeder Arbeiter und jede Arbeiterin wieder an ihrem alten Platz gestellt werden solle. Nach längeren Verhandlungen sind diese Forderungen anerkannt worden, so daß zur Zeit der Ausstand aufgehoben ist. Die Firma Schößel hat der Lohnkommission auf eine vorhergehende Anfrage hin den schriftlichen Bescheid zu geben lassen, daß ihre Pläne wieder befreit seien und sie sich auf Verhandlungen nicht mehr einlässe. Hierzu wurde bemerkt, daß wohl ein Teil der Arbeitsstellen wieder befreit seien, aber vollständigen Erfolg habe Herr Schößel noch nicht. Die Mehrzahl der "neuen Kräfte" habe Herr Schößel durch dieselbe Buchbinder-Innung angeschickt erhalten, deren Mitglieder von den Gehilfen die Überwachung der allseitigen Durchführung der Forderungen der Gehilfen verlangt. Hieraus sei wohl ersichtlich, wie "erst" es die Prinzipale mit der Durchführung ihrer eigenen Beschlüsse nehmen. Die einstimmig angenommene Resolution hierzu besagt, daß die Versammlung den Prinzipalen über ihr Verhalten ihre entschiedene Missbilligung ausspricht, da einerseits den Gehilfen die Pflicht auferlegt wird, in allen Arbeitsstätten die bewilligten Forderungen der Gehilfen zur Durchführung zu bringen, andererseits aber gerade die Innung den Firmen, die da noch nicht bewilligt haben, wie z. B. bei W. H. Schößel, Arbeitskräfte zuschickt. Dies sei, so führt der Referent aus, die praktische Bekämpfung der Schmiedekonkurrenz.

Bei C. G. Raumann, dem Passierer des Buchdrucker-Prinzipals-Vereins, sind 5 Arbeiter und 20 Arbeiterinnen ausständig geworden, weil der Chef die ¼-stündige Werkpause nicht einzutreten lassen wollte. Trotzdem der Buchdrucker-Tarif doch die neunstündige Arbeitszeit bestimmt, wolle der Herr R. lieber aus der Prinzipalsvereinigung austreten als diese ¼ Stunde Arbeitszeit fallen lassen. Da von verschiedenen Werkstätten, wo die Arbeiter ausständig sind, Arbeit an andere Geschäfte zur Fertigstellung gegeben worden ist, soll die Arbeit für solche Firmen, die die Forderungen der Gehilfen nicht bewilligt haben, verzögert werden.

Bei Bezug auf den ausgearbeiteten Specialtarif, der die Grundlage für Accords- und Lohnarbeiten sein soll, nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an: "In Erwägung, daß die Prinzipale von dem der Lohnkommission gegebenen Rechte, mit den Prinzipalen in Unterhandlungen bezüglich des Tarifs einzutreten, keinen Gebrauch machen wollen, erklärt die heutige Versammlung, mit aller Energie für die Einführung des neu ausgearbeiteten Tarifs einzutreten und gegebenenfalls vor einer Arbeitseinstellung nicht zurückzuschrecken." Hierbei wird den Prinzipalen der Vorwurf gemacht, daß sie es bei diesem Punkte, den sie auf nächstes Jahr verschoben haben wollen, absolut auf einen Kampf ankommen lassen wollten resp. diesen provozieren.

Es wird noch der Beschuß gefaßt, heute Dienstag den Tarif nebst einem Circular zu verbreiten und die Prinzipale zu ersuchen, die Antwort bis 6. Oktober einzusenden. Am 15. Oktober d. J. soll der Tarif dann in Kraft treten. Jeder Arbeitgeber soll aber hierzu seine Antwort einzeln geben, da die Prinzipale ein gemeinsames Präsenz des Tarifs ablehnen haben und eine ganze Anzahl größerer Geschäfte mit den kleinen Innungsmäistern nicht zusammen verhandeln will. Einzelne größere Firmen sind der ganz richtigen Meinung, daß, wenn die kleinen Innungsmäistern nicht nach dem Tarif bezahlen, sie auch kein Recht haben, darüber mit zu beschließen.

Nach einer großen Anzahl Diskussionsredner treiben sehr viele Geschäfte Schmiedekonkurrenz, denn schon vergebene Arbeit werde, wenn sie auch schon tagelang in irgend einer Buchdruckerei liege, öfters durch Buchbindereien weggeholt, die sie etwas billiger machen. Durch einen gleichmäßigen Lohnsatz soll dieser Preisdruckerei, was auch den Prinzipalen angenehm sein müsse, etwas Einhalt gehalten werden. Eine Anzahl Prinzipale scheint dies aber überhaupt nicht zu wollen. Die Gehilfen und Arbeiterinnen werden daher nochmals aufgefordert, treu an ihren Forderungen und dem Tarif festzuhalten.

Zum Schluss werden noch die Unterstützungsätze für die Streikenden festgelegt. Danach soll den Verheiraten 13 M., den Ledigen 10 M., den Arbeiterinnen 7.50 M. und für jedes Kind, auch die der Arbeiterinnen, 1 M. gezahlt werden.

Mitteilungen aus dem Publikum. Zu den Organisationsbestrebungen der Eisenbahnarbeiter.

Die Gründung eines Eisenbahnarbeitervereins ist zur That geschehen. Vorige Woche war die erste Vereinsitzung im Wallenberg. Nach der Konstituierung des Vorstandes wurde die Mitteilung gemacht, daß der Verein der Arbeiter der preußischen Staatsbahn von Leipzig und Umgegend schon eine Mitgliederzahl von 500 erreicht hat, welche Zahl im Laufe der Zeit noch bedeutend wachsen wird. Das herrschende Regime hat im Bunde mit der Großbourgeoisie durch die kurzfristige Beurteilung der materiellen Verhältnisse der Arbeiter den Klasseninstinkt geweckt, der sich bis zum Klassenbewußtsein entwickeln wird, da die Arbeiter sehen müssen, daß die Verwaltung ihre Einnahmen aus dem Eisenbahnverkehr von Jahr zu Jahr steigert. Und die Industriellen haben ein Interesse an den niedrigen Löhnen der Staatsarbeiter, da sie bei der schlechten Entlohnung der Staatsarbeiter sich einen Stamm intelligenter Arbeiter in ihren Etablissements erhalten können. Bei einer besseren Bezahlung in den Staatsbetrieben würden die zuverlässigen Arbeiter in diese eintreten. So aber bezahlt die Eisenbahnverwaltung infolge des Drucks der Privatarbeitgeber (siehe die Ansicht der schlesischen Großindustriellen an den Minister Thiel) einen so niedrigen Lohn an ihre Beamten und Arbeiter, daß er zu den Arbeitsleistungen, der Geschäftlichkeit und Pünktlichkeit des Betriebes in keinem Verhältnis steht. Von den bürgerlichen Vertretern im Parlament verlassen und von der Verwaltung gedrängt, fristeten die staatlichen Arbeiter lange Jahre ein schmälerliches Dasein, bis sie sahen, daß die gewerblichen Arbeiter sich bessere Lebensbedingungen errangen. Nun erst regte sich auch bei ihnen der Klasseninstinkt. Es war vor Pfingsten, als die Eisenbahnarbeiter in einer Versammlung beschlossen, daß, wenn die Verwaltung ihre Forderungen nicht bewillige, sie den Pfingstsonnabend die Arbeit niederlegen wollten. Der Regierungsvertreter war anwesend und machte die Zusicherung einer Lohnzulage. Nur standen die Pfingstfeiertage vor der Thür und die Zeit sei zu kurz, mit der Verwaltungsbörde ins Einvernehmen zu treten. Die Arbeiter ließen sich beruhigen. Aber die Lohnzulage ließ lange auf sich warten. Und als sie von der Behörde ausgearbeitet war, erhielt nur ein kleiner Teil der Arbeiter eine nennenswerte Zu-

lage in Form einer Funktionszulage, während sich die Mehrzahl der Arbeiter mit 10 oder 20 Pf. Zulage begnügen musste. Dass die Arbeiter sich hierauf zu einem Verein zusammenschlossen, war ihr gutes Recht. Der Verein ist gegründet zur Pflege der Geselligkeit und Unterstützung bei Unglücks- resp. Todesfällen. In den Statuten ist weiter nicht gesagt, ob der Verein auch Aufführung über alle Vorommisse des geistigen und öffentlichen Lebens schaffen will. Der § 8 sagt: Zur Pflege der Geselligkeit wird monatlich ein Vereinsabend abgehalten. Ob nun an dem Vereinsabend auch Vorträge gehalten werden sollen, bleibt abzuwarten. Wenn der Verein nicht ein bloßer Genussverein bleiben will, ist er gezwungen, seinen Mitgliedern Aufführung zu verschaffen.

H.

Von Nah und Fern.

Schwarze und Weiße im Handgemenge. — Die Nase abgeschnitten.

Berlin, 28. Sept. In der Kolonial-Ausstellung (Berliner Gewerbe-Ausstellung) kam es gestern nachmittag angeblich dadurch zu einer ernstlichen Ausschreitung, dass die Eingeborenen nach beendigter Vorstellung sich ungestüm durch das zahlreiche Publikum drängten. Als ein Ausstellungsbesucher einem Afrikaner einen Schlag versetzte, brach der Kampf zwischen den Eingeborenen und dem Publikum los, wobei mehrere Personen verwundet wurden. Erst den herbeigeeilten Gendarmen gelang es, die Ruhe wieder herzustellen.

Seine Nase eingeweckt hat beim Nassieren der in der Bergstraße 47 wohnende Konditorhilfe Wegner. Der junge Mann, der an einem soliden Schnupfen litt, begab sich am Sonnabend zu einem Barbier in der Invalidenstraße, um sein Gesicht verschönern zu lassen. Während der Friseur mit dem Rasiermesser am W. beschäftigt war, musste dieser plötzlich heftig niesen, wobei er mit der Nase dem scharfen Instrument zu nahe kam. Der auf diese Bewegung nicht vorbereitete Barbier verlor das Messer nicht mehr rechtzeitig zurückzuziehen, und so kam es, dass dem W. die Nase abgeschnitten wurde. Der verloren gegangene Teil des Gesichtsvorprungs wurde mittels Nadel und Seide zwar sofort wieder an dem gehörigen Orte befestigt, doch bleibt es zweifelhaft, ob es gelingen wird, die Nase an der bisherigen Stelle zu erhalten.

Eine Verhaftung.

Hamburg, 25. September. Der Dienstler Breitfeld, Vater des im Februar in Altona hingerichteten Knabenmörders Gastwirt Breitfeld, wurde verhaftet, aber wieder aus der Haft entlassen. Die Angelegenheit erregt großes Aufsehen.

Der Klingebeutel.

E. Wärmen, 28. September. Hier in unserem Mückenthal regt sich gar gewaltiglich das Missleid mit den Armeniern; die Frommen schwärmen wie immer für die armen Christen — da hinten in der Türkei. Als Protest gegen die Thaten der Muselmanen hielten sie am Sonnabend zwei große Versammlungen in Kirchen ab.

In den beiden Versammlungen, in denen der bekannte Dr. Bepfins, Pastor Lohmann aus Frankfurt und der Sozialpolitischer Pastor Weber aus Gladbach als Redner auftraten, kam es zu einem Konflikt mit den überwachenden Polizeikommissaren. Die Kirchenvorstände glaubten nämlich in diesen Versammlungen von ihrer Berechtigung mit dem Klingebeutel herumzugehen auch Gebrauch machen zu dürfen. Doch da geschah etwas, was wohl in einer evangelischen Kirche noch nicht geschah: Die Kommissare erhoben sich, bedekten sich mit dem Helm und unterfragten die „Telleransammlung“, weil sie nicht angemeldet bez. genehmigt sei. Aller Widerspruch seitens der Gläubigen nutzte nichts. Es blieb bei dem Verbot. Die evangelischen Frommen mussten vor der Polizei kapitulieren.

Sonderbarer Heiliger.

Grefeld, 28. September. Ein Herr, der mit dem Schaffner in Streit geraten, sprang gestern abend 7½ Uhr bei Oppum aus dem Personenzug Cleve-Köln und brach das Genick.

Beschlagnahme.

Metz, 29. September. Wie die Brüsseler liberale Indépendance berichtet, ist ihre unter dem Titel Petit Bleu erscheinende Ausgabe in Metz wegen eines das franco-russische Bündnis betreffenden Artikels konfisziert worden.

Absturz.

Grenoble, 28. September. Der Bürgermeister von Grenoble, Félix Boulat, stürzte gestern auf einer Spazierfahrt, die er in Gesellschaft seines Freundes, des Pariser Polizeikommissars Bureau unternommen, infolge Scheuerwands des Pferdes, samt Pferd und Wagen in einen 15 Meter tiefen Abgrund und fand unter der Last des Tieres den Erstickungstod. Bureau erlitt schwere Verletzungen.

Käufe und Verkäufe.

E. & 6 Jahren best. Cigarren-Geschäft
St. frankenthal. sof. zu verl. Zu erkennen
Restaurant Angermann, Braustrasse 9.

Wettsteile 7 Mt., Röhrlisch 8,50 Mt. verl. weg.
Umg. lange, Grimm. Steinweg 15, Gutgesch.

Eine Kinderbettstelle billig zu verkaufen.
Brandvorwerksstraße 5, III. r.

1 Ottomane billig zu verkaufen.
Kapizerer Lendl, Lind, Hermannstr. 16.

Neue u. gebr. Möbel aller Art spott.
bill. zu verkauf. Barth, Gartenstraße 8.

Eine Bettstelle u. Wauerkarhandwerkszeug
bill. g. verl. Poniatowski str. 8, III. Granite,

Schreß, Schrift, Sofa, Spiegeln, Schrank, Stuhl,
Bettst. u. Matr. bill. g. verl. Gerichtsweg 6, p.t.

Möbel, neu u. gebraucht, Federb., Uhren
billig, Blagowitsch, Weißburger Straße 10.

Handwagen v. 1—10 Ctr. Tragfr. verl.
billig Wagenfabrik von P. Hinden, L.

Neustadt, Mariannenstraße Nr. 41.

Sitzwagen für 3,50 Mt. zu verkaufen.
Heilstorn, Voltmarkt, Elisabethstr. 25, III.

Eine gr. Schneider-Nähmaschine
billig. Nachlass, guter, Gelegenheitsaus-
zu verl. Zweinaudorfer Straße 44, H. II.

Ariston und 100 Noten à 80 Pf. zu verl.
Blagowitsch, Bischöfliche Straße 43, H. II.

Blumentisch mit Tonläne preiswert zu
verkaufen. Anger, Karlstraße 9, IV. r.

Ein kleiner elserner Ofen zu verkaufen.
Sidonienstraße 16, H. II.

Schön, lieberbar üb. 1 Kr. Eing. (o. a. Met.
pos.) billig zu verl. Lindenau, Hartfortstr. 15.

Similebroschen, Rosallensroschen, schwarze
Broshen billig. Eisenbahnstraße 104.

Für einen 12 jähr. Knaben w. ein getrag.
dunkl. Anzug ges. Adr. Münchstrasse 3, III. r.

2 Teppiche und Bäder zu verkaufen.
Blagowitsch, Bischöfliche Straße 43, H. II.

Gr. guter, Petrol-Laden-Lampen u. dlv.
 klein, bill., verl. Kleinlitz, Blagowitschstr. 57.

Ein g. Flugbauer u. g. Oleander bill. zu
verl. Lindenau, Gundorfstr. 14, III. r.

Wegzugsb. 8 Paar gute Buchtauben à 8 Mt.
sof. zu verl. Lindenau, Luppenstraße 10, II. r.

Kaninchen, großer Kasten, bill. zu verkaufen.
Anger, Bernhardstrasse 17, II. r.

Gebräuchter Schrank zu kaufen
gesucht.

Adr. unk. Schrank in d. Exped. d. Blattes.

Familienanzeigen.

Ich gratuliere meinem lieben Mann zu
seinem 44. Geburtstage. H. E. Peter.

Wir gratul. uns. lieben Vater zu seinem
heutigen Wiegenseite. Seine Klüger.

Wir gratul. Herrn Karl Peter zu sein.
44. Burzel Seite und wünschen ihm das
Überleben. Seine lustige Ausdrucksweise.

8178 R. L. M. S. R.

Eisenbahnunfall.

Mailand, 28. September. Heute hat ein Zusammenstoß zwischen einer Maschine und einem Zug der Linie Vecco-Colico stattgefunden; einige Personen sind verwundet worden. Ein weiterer Eisenbahnzusammenstoß wird gemeldet, der nachmittags 5 Uhr in der Nähe von Melsignano auf der Provinzialsbahn zwischen einem Personen- und einem Güterzug stattgefunden hat. Sechs Personen sollen dabei verwundet worden sein.

Telegraphische Depesche.

Wolfs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

London, 29. September. Daily Chronicle meldet: Salis-
bury hatte am Sonntag in Balmoral eine einstündige Unter-
redung mit dem russischen Kaiser. — Die Blätter veröffentlichen
ein Telegramm aus Capstadt, wonach das Kreisgericht den
Major Watts freisprach, der verhaftet worden war, weil er den
Häuptling Makoni erschossen ließ. — Die Times melden aus
Kandia (Kreta) vom 27. d. M., dass eine Bande bewaffneter
Mohammedaner, welche die Stadt mit Genehmigung des Gouverneurs verließ, die Dörfer Dragestre, Kalgola und Castellania
geplündert und niedergebrannt habe.

Verhandlungskalender.

Dienstag: Almoeer. Mittwoch. 11. Abends 8 Uhr. Z.-D.:
1. Wiederhol. vom Sommerfest. 2. Bericht vom Gewerbeschaftester. 3. Ge-
werbeschäftliches.

Dreihöher u. Berlog. Erfurt, Gottschalkstraße. Abends 8 Uhr. Z.-D.:
1. Stellungnahme zu der Wiedereinführung der Holzabrechnung und Aufstellung der
Forderungen. 2. Gewerbeschäftliches.

Briefkasten der Redaktion.

St. 69. 1. Wenden Sie sich an E. Zehl, Brandvorwerk-
straße 88, I. 2. Soviel wir wissen, ist das überhaupt nicht wieder
zu befüllen.

Oschatz. Es ist Arbeit gemeint, die für die Gesellschaft nutz-
los ist.

St. 8. Der Name Glyck wird ausgesprochen: Glyck; eine andere Schreibung des Wortes einzuführen sind wir nicht
berechtigt.

Anskunst in Rechtsfragen.

R. O., Lindenau. 1. Die Ortskrankenkassen beruhen auf der
Reichsgesetzgebung und werden für den Bezirk einer oder mehrerer
Gemeinden gebildet. 2. Das Gewerbegebeit in Streitigkeiten, die
sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben. 3. Die unterliegende Partei.
4. Für den Dienst der Laternenwärter eingesetzten genaue Vorschriften.
Die Feste für Unstetig- und Auslöschen verändern sich mit dem
Wechsel der Jahreszeiten.

Sophienthalle. Für Kinder gewährt die Ortskrankenkasse nur
freie ärztliche Behandlung und Arznei, nicht aber Heilmittel und
Kräuterausveriegung.

St. 9. 1. Ja. 2. Ja.

St. 8. 100. Bei monatlicher Rinszahlung gilt, wenn nichts
anderes vereinbart ist, monatliche Kündigung.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Wittwoch:
Speiseanstalt I (Johannisplatz): Sauerkraut mit Schweinefleisch.
Speiseanstalt II (Möntenthalgasse): Grünkraut mit Rindfleisch.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Dienstag den 29. Sept. 284. Abonn. Vorstellung (4. Serie, braun).

Die Zählin von Toledo.

Historisches Trauerspiel in 5 Aufzügen von F. Grillparzer.
Regie: Regisseur Vorberdt.

Alfonso der Edle (VIII.), König von Kasalien (Tochter

Eleonore von England, dessen Gemahlin (Tochter

Heinrichs II.)

Der Prinz, dessen Sohn

Manrique, Graf v. Lara, Admirante u. Kosseillen

Don Garceran, dessen Sohn

Donna Clara, Ehefrau der Königin

Die Kammerfrau der Königin

Isaac, der Jude

Esterh. dessen Tochter

Rehbo, des Königs Knappe

Ein Diener

Erster } Blattsteller

Zweiter } Blattsteller

Dritter } Blattsteller

Der der Handlung: Toledo und Umgebung. Zeit: um das Jahr 1195.

Nach dem 2. Akt findet eine längere Pause statt.

Einl. 1/7 Uhr. Aufang 7 Uhr. Ende geg. 1/10 Uhr. Schausp.-Preise.

Billiet-Berkauf an der Tagesfeste von 10 (Sonnt. u. Festtag)

von 10½ bis 8 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Auf-
geld von 80 Pf.) von 1—8 Uhr.

Spieldaten: Mittwoch: Renaissance. Aufang 7 Uhr. — Donner-
tag: Die Wallüre. Aufang 1/7 Uhr. — Freitag: Neu einstudiert:
Pitt und Fox. Aufang 7 Uhr. — Sonnabend: Das Glöckchen des
Cremeten. Aufang 7 Uhr.

Absturz.

Grenoble, 28. September. Der Bürgermeister von Grenoble, Félix Boulat, stürzte gestern auf einer Spazierfahrt, die er in

Gesellschaft seines Freundes, des Pariser Polizeikommissars Bureau unternommen, infolge Scheuerwands des Pferdes, samt

Pferd und Wagen in einen 15 Meter tiefen Abgrund und fand

unter der Last des Tieres den Erstickungstod. Bureau erlitt

schwere Verletzungen.

29. September

Altes Theater.

Dienstag den 29. September:

Der Bettelstudent.

Operette in 3 Akten von F. Zell und Rich. Genée. Musik von

C. Willibald.

Regie: Regisseur Unger. — Direktion: Musikkritiker Meyer.

Palmatista, Gräfin Novakowa

Fr. Buse

Laura } deren Tochter

Fr. Wada

Bronislawa } deren Tochter

Fr. Wildner

Oberst Olendorf, Gouverneur von Krakau</p

Nachklänge zur Dresdener Ausstellung.

Die Ausstellung des Sachsischen Handwerks- und Kunstgewerbes ist am Sonntag geschlossen worden. Die Ausstellung sollte dem Sachsischen Handwerkerland Gelegenheit bieten, seine Leistungsfähigkeit zu zeigen, ihm die öffentliche Anerkennung zu sichern und dem goldenen Boden des Handwerks ein neues Aureole zu geben. Und um ausschließlich das Handwerk zum Worte kommen zu lassen, wurde die Anordnung getroffen, daß nicht zum Handwerk Gehörige, z. B. Händler und Gewerbetreibende, die nur Fabrikware vertreiben oder durch Namensstücke für eine Fabrik Stimmung machen, aus der Reihe der Aussteller auszuscheiden haben. So saßen die Handwerker auf die Ausstellung die größten Hoffnungen. Diese Hoffnungen sind aber durch das Preisrichterstollegium und die Prämierungen gründlich gescheitert worden. Wenn die in der erwählten ersten Prototypversammlung zum Ausdruck gekommenen Klagen der Wahrheit entsprechen, so wäre das Handwerk bei der Prämierung fast durchgängig zu kurz gekommen und die Veranstalter und Leiter der Ausstellung, unter denen der Erste einer der bekannte Hofrat Ackermann ist, hätten sich als recht zweifelhafte Freunde des Handwerks erweisen.

Aus der Reihe der Klagen, die in jener Prototypversammlung zum Ausdruck kamen, seien im nachfolgenden eine Anzahl mitgeteilt. Der Vertreter einer Leimfirma teilte mit, von seinen Artikeln habe der Sachverständige nur Proben der billigeren Leimsorten entnommen, die besseren, teureren Sorten liegen lassen und noch den ersteren die Leistungsfähigkeit der Firma beurteilt. Als unverständlich wurde hingestellt, daß die Königl. Sächs. Porzellan-Manufaktur in Weissen im Katalog als „außer Wettbewerb“ aufgeführt, bei der Prämierung aber mit der Goldenen Medaille der Stadt Dresden bedacht worden sei. Ein Schnellmeister erzählte, einem sich beschwerenden Aussteller sei von einem Komiteemitgliede entgegengehalten worden: „Sie haben sich viel zu viel über das Komitee unliebsam gehandelt und dürfen sich nun über den minderwertigen Preis nicht wundern!“ Ein Photograph rügte, daß ihnen als Sachverständiger ein Dresdener Fachmann aufgehalten worden sei, der gar nicht von Haus aus Fachmann sei und dessen Leistungsfähigkeit ihn nicht zu dem Umste eines Sachverständigen qualifiziere; der von den Ausstellern vorgeschlagene Sachverständige aus Leipzig sei abgewiesen worden. Ein Dresdener Bergsolder behauptet, in seinem Berufe habe der, der die minder gute Arbeit geliefert hat, die silberne Medaille erhalten, weil er Hosbergoldner sei. Glühensmacher Rost in Wilsdruff hat es für unmöglich gehalten, daß derartige Ungerechtigkeiten vorkommen können, wie das in Dresden der Fall sei. Die Preisrichter haben sich gewundert, daß in einer kleinen Stadt so gute Arbeit von Gewehren geschafft werden könne. Er habe versichert müssen, daß er diese selbst gefertigt habe, trotzdem in Offiziers- und Jägerkreisen seine Gewehre schon längst röhrend bekannt seien. Er habe auf Aufforderung der Preisrichter alte Gewehre von sich zur Prüfung vorlegen müssen und habe dafür allgemeines Lob geruht. Es sei ihm versichert worden, seine Gewehre verdienten drei Prämiern, die man in eine höhere zusammenlegen wolle, und jetzt habe er gar keine erhalten, angeblich, weil die Medaillen nicht gelangt haben, für den Herrn Hosbergoldner sei aber eine vorläufig genehmigt. Der kleine Handwerker habe auf der Dresdener Ausstellung einen Fußtritt erhalten. Der Vertreter der Plagwitzer Firma, Kießling u. Co. (Maschinen) bellagierte sich über oberflächliche Begutachtung. Unter den Preisrichtern sei ein Fachmann gewesen, der auf seine Firma schlecht zu sprechen sei, weil er von ihr in einer Konkurrenz geschlagen worden wäre. Uhlmann-Abdebeil (Arbeitsländer für Schuhmacher) will von der Prämierung ausgeschlossen worden sein, weil die Preisrichter bei der Besichtigung erklärt haben, sie würden nicht in welche Abteilung sie ihn stecken sollten.

Ein Aussteller erklärte, sein Konkurrent, der prämiert worden sei, habe die ausgestellten Gegenstände aus einer großen Fabrik in Berlin gelauft, davon habe man Sachen für die Verlosung ausgelauft. Er, der seine Ausstellungsgegenstände selbst gefertigt habe, sei übergangen worden. Schuhmachermeister Wölken behauptete, bei der Prämierung seien in der Hauptsaale Hofsieberanten und Habilitante bedacht worden, diejenigen, die die schwierigsten Arbeiten mit der Hand für verkrüppelte Füße gefertigt haben, seien leer ausgegangen, höchstens mit der bronzenen Medaille bedacht worden, während die Obermeister für die leicht herzustellende Arbeit für gesunde Füße die silberne Medaille erhalten haben, vielleicht weil die Preisrichter mit ihnen auf gutem Fuße stehen. Die Preisrichter haben ein sehr schlechtes Urteil in Bezug auf die Krüppelarbeit gefällt. Klemm, Maschinenfabrik, hat Maschinen für kleine Buchdruckereien ausgestellt, die mit Neuerungen zur Verhütung von Unfällen versehen sind, die die Behörden als sehr wichtig im Interesse der Unfallversicherungen erklärten haben, die Preisrichter aber hätten dafür keine Beachtung gehabt. Angelaufta patentierte Maschinen seien prämiert, selbstgefertigte Neuerungen unberücksichtigt gelassen worden. Schrom, Kürschnermeister, hat einen technischen Fachmann zum Sachverständigen vorgeschlagen, er wurde nicht gewählt, dafür sei ein Dutzend seines Konkurrenten hinzugezogen, der die silberne Medaille erhalten habe. Als die Preisrichter zur Besichtigung von besseren Gegenständen gekommen seien, habe man erst gemeinschaftlich geprahst, am Abende wurde dann in der Alten Stadt gekneift. Ein Weishener Stodgrifffabrikant hat es vor vier Wochen schon gewußt, daß er nicht prämiert werde, weil seine Waren nicht so gut als die seiner Konkurrenten seien. Seine Stodgriffe seien dann als nicht praktisch erklärt, weil sie zu kunstvoll geschmiedet sind (dabei nehme sich die Ausstellung auch Ausstellung des Kunstgewerbes), die Preisrichter haben übersehen, daß die Hälften der Stodgriffe gewöhnliche, für den praktischen Gebrauch bestimmte sind. Das Urteil der Preisrichter habe sich als nicht maßgebend erwiesen.

Uebliche Klagen wurden noch in großer Anzahl laut. Aus allen Klagen leuchtet der Vorwurf der Parteilichkeit und des mangelnden Sachverständnisses heraus. Ein Obermeister erklärte, „wer nicht Hofsieberant, Stadtrat oder Stadtverordneter sei, habe von vornherein wenig Aussicht auf Prämierung gehabt. Von Büchmenschern und Professoren könnte man kein anderes Urteil erwarten. In der Dresdener Ausstellung sei nicht nach Kunst, sondern nach Kunst prämiert worden.“

Der Vertreter der Firma Jung hat gehört, daß ein Preisrichter zu dritten Personen gehörte: „Der Jung spügt sich auf eine goldene Medaille, einen Dr... soll er erhalten.“

halten mit seiner Blecharbeit.“ (Rufe: Pfui!) Der Bäcker Ninka teilte mit, daß von Preisrichtern die Behauptung ausgesprochen worden sei, die Bäcker gehörten nicht zum Handwerk. Von seinen ausgestellten Gegenständen: Rheinisches Schwarzbrot, Weizenbrot und Makronenluchen, haben die Preisrichter nur den Makronenluchen gefestet, er habe ihnen sehr gut geschmeckt; sie seien wiederholte gesommen, so daß er den Makronenluchen weggestellt habe, weil ihm der Besuch zu kostspielig geworden sei. Er habe die bronzene Medaille erhalten, sein Konkurrent, der seine Waren nicht los geworden sei und sie abends habe in den Aschlasten werfen müssen, habe die goldene Medaille erhalten.

Die Versammlung fasste ihre Klagen in eine Resolution, die dem Komitee eine Nachprüfung sämtlicher Aussteller durch befähigte Preisrichter verlangt.

Inwieweit alle diese Klagen und die zum Teil ganz persönlichen Spuren berechtigt sind, können wir natürlich nicht untersuchen, enthalten uns auch jeder eigenen Neuerung. Bemerkenswert ist aber, daß gerade von der Presse, die sich als die wahre Schärfe des Handwerks aufzeigt, von all diesen Klagen gar keine Notiz genommen worden ist. Wie eine Bedeutung dessen, was kommen wird, klingen auch die Neben-, die während der nach der Prämierung stattgehabten Tafel gehalten wurden. Nach der Rede des Ministers v. Weißsch haben sich die auf die Ausstellung gesetzten Hoffnungen natürlich voll erfüllt. Er glaubt sich dahin restimmen zu können, „daß die Ausstellung wohl gelungen sei und Zeugnis abgelegt habe von der Blüte des sächsischen Handwerks und von der Solidarität des Handwerks und des Kunstgewerbes. Die Staatsregierung sei hoherfreud, den Ausstellern und allen denen, die zum Gelingen des Werkes beigetragen hätten, ihren Glückwunsch aussprechen und ihrer Anerkennung Ausdruck geben zu können und er spreche die Hoffnung aus, daß Handwerk und Kunstgewerbe sich immer mehr ergänzen, immer fortblühen und gediehen möchten. Man sei heute an dem wichtigen Maß der Prämierung angelangt. Es sei der Regierung eine Freude gewesen, der Ausstellung auch ihresfalls ein Zeichen der Anerkennung und der Sympathie geben zu können. Sie habe unbedingt Vertrauen und Hochachtung gegenüber den Preisrichtern und sie sei davon überzeugt, daß ihr Schiedsspruch richtig und sachlich sein müsse; er glaube, daß jedermann dieser Ansicht beifallen werde. (?) Es sei selbstverständlich und menschlich, daß der eine oder der andere Aussteller die Frage stelle: Warum ist mein Werk unberücksichtigt geblieben, während andere, denen ich mich vollberechtigt an die Seite stellen darf, eine Auszeichnung erhalten haben? Es möchten aber alle, die Prämiierten sowohl als die, die ohne Prämie geblieben, deren Leistungen aber anerkannt worden seien, bedenken, daß diese Prämien, wenn auch an erster Stelle der Leistung des einzelnen, so doch auch in gewisser Beziehung dem ganzen Werke (?) gälten. Er, Stebner, könne das Schluswort, daß die Regierung zu sprechen habe, nicht besser fassen, als indem er die Aufmerksamkeit auf die höchsten Spuren des geschäftsführenden Ausschusses lenkt. Den Herren Geheimen Hofrat Ackermann und Stadtrat Weylich gelte sein Hoch.“

Herr Ackermann entgegnet darauf: „Den Ausstellern, denen eine Auszeichnung nicht zu teilen geworden sei, würde immerhin die Anerkennung nicht versagt werden, daß sie durch ihre Beteiligung die Behauptung, das Handwerk sei dem Untergange verfallen, ad absurdum geführt und damit begegneten hätten, daß Standesbewußtsein im Handwerk zu haben.“

So die Veranstalter und Leiter der Ausstellung. In den Kreisen der ausstellenden Handwerker urteilt man, wie die Preisversammlung gezeigt hat, über die Prämierung und die Verdienste der Leitung ganz anders. Die Meister des Handwerks haben auch diesmal wieder Hasto gemacht und die, die an die Hebung des Handwerks durch die Ausstellung glaubten, haben — einen schönen Traum gehabt. Dem Kleinhandwerk galt die Ausstellung, Großgewerbetreibende sind fast durchgängig prämiert worden. Das Großgewerbe hat gesiegt und es ist ganz gleichgültig, ob dieser Sieg ein mit Absicht herbeigeführter, wie die Protestierer glauben machen wollen, oder durch die eigene Kraft des Großgewerbes errungener ist.

Die Lohnkämpfe der Leipziger Arbeiterschaft.

IV.

Die in Bezug auf die Lohnauszahlung gestellten Forderungen lassen darauf schließen, daß in diesem Punkte bei der Mehrzahl der Berufe arge Mißstände herrschen. Unter anderem wurde verlangt, Auszahlung des Lohnes an der Arbeitsstelle und vor Beendigung der Arbeitszeit. Längeres wie $\frac{1}{2}$ stündiges Warten sollte entshobt werden. Bei Abholen des Geldes in der Wohnung oder in der Werkstatt lautete die Forderung auf Bezahlung der Wegezeit als Arbeitszeit. Die Schuhmacher verlangten Lohnzahlung am Sonnabend und nicht Sonntags oder Montags. Die Schmiede wollten wöchentliche Zahlung. Die Tischler forderten Zahlung des vollen Lohnes an jedem Zahltag. Sie wandten sich gegen kleinere Abschlagszahlungen und verlangten bei Accordarbeiten eine Abschlagszahlung von 20 M. sowie Abrechnung nach Fertigstellung des Accordes. Die Freitags-Lohnzahlung wurde von vier Berufen gefordert. Wie vorteilhaft diese vor allem für die verheirateten Arbeiter ist, können die Frauen am besten beurteilen, denn sie wissen ganz genau, daß, wenn sie Sonnabends den Tag über schon Geld in den Finger haben, sie mit bedeutend größerem Nutzen und auch bessere Ware einkaufen können, als wenn sie erst spät abends mit den Überbleibseln des Tages vorlieb nehmen müssen. Oftmals wird aber dem Arbeiter der tägliche Lohn noch wochenlang vorenthalten, namentlich bei Accordarbeit, wo die Abrechnung zuweilen erst vierteljährlich erfolgt. Daß er dann seine Verpflichtungen nicht immer zur rechten Zeit erfüllen kann, ist selbstverständlich. Unregelmäßige Lohnzahlung trug aber wesentlich dazu bei, die Lage des arbeitenden Volkes zu verschlechtern. Die bis zur Zeit von vielen Arbeitern wenig beachtete Tagesauslösung für Arbeiten außerhalb des Wohnortes ist auch eine Erwartung der letzten Lohnkämpfe. Bisher bildete diese Auslösung meist den Gegenstand freier Vereinbarung. Jetzt haben die Tischleranschläger, Klemmner, Maler und Dachdecker allgemein gültige Bestimmungen getroffen, nach denen die Fahrt in III. Wagenklasse nach dem Bestimmungs-ort gewährt und für jeden Tag, einschließlich der Hin- und Rückfahrt, eine Auslösung von 1.50 bis 2 M. bezahlt wird. Bei Arbeiten, die weiter wie eine Stunde von der Werkstatt oder vom Werkplatz entfernt ausgeführt werden, trifft nach den

neueren Vereinbarungen Bezahlung der Wegezeit als Arbeitszeit ein oder es wird freie Fahrt auf der Straßenbahn gewährt.

Außerdem haben aber noch einige Branchen besondere Forderungen gestellt und auch diese zum Teil bewilligt erhalten. Wie lange sie eingehalten werden, muß die Zeit lehren. So forderten z. B. die Dachdecker die Abschaffung der Accordarbeit und die Bauhandarbeiter ihre zeitlich starken Gehilfenorganisation auf die Abschaffung der Accordarbeit bestehen wollen, schwerer wird das aber wohl den Bauhandarbeitern fallen, da die durch die rege Bauhätigkeit in Scharen herbeigeflochten ländlichen Arbeiter sich wenig an vergleichbare Bestimmungen lehren. Die Schmiede hatten die Errichtung eines einheitlichen Arbeitsnachweises verlangt, mußten diese Forderung jedoch fallen lassen und sich darauf beschränken, mit ganzer Kraft für ihre Hauptforderungen einzutreten. Wahrscheinlich sind aber auch die Schmiede durch die Workomunike beim letzten Streit, durch das Herausziehen auswärtiger Arbeitskräfte, zu der Überzeugung gelangt, daß ein Käfigieren mit den Meistern in dieser Form vollständig ausgeschlossen ist. Die Sattler mussten sich bei ihrer Forderung auf Abschaffung des Post- und Logistwagens beim Arbeitgeber darauf beschränken, über die hier nur in Betracht kommenden Werkstätten der wenigen Klein-Meister die Sperre zu verhängen. Der Erfolg ist sehr minimal geblieben. Die einzige Gewerkschaft, die die Freigabe des 1. Mai mit forderte, waren die Klempner. Da in diesem Jahre der 1. Mai in die Zeit der Lohnbewegung fiel, so wird sich erst im nächsten Jahre zeigen, ob die Meister diese Forderung in der Praxis anerkennen werden.

Bei allen Lohnbewegungen dieses Jahres ist zu bemerken gewesen, daß sich die Unternehmer unter dem Vorherrschen des guten Geschäftsganges bis auf wenig Ausnahmen schnell zu Konzessionen bereit erklärt. Und wo die Unternehmer längerer Widerstand leisteten, geschah es, weil sie sich nicht sagen lassen wollten, durch die Einigkeit der Arbeiter zum Nachgeben gezwungen worden zu sein. Zu wirklichen Lohnkämpfen kam es nur in sechs Branchen, und auch hier waren die Bewilligungen der Meister von Beginn der Bewegung verhältnismäßig zahlreich. Sie waren aber selbstverständlich noch bedeutend vermehrt worden, wenn sich die Arbeiter einziger gezeigt hätten und nicht so mancher den vorübergehenden Vorteil, der ihm von den Arbeitgebern während des Aufstandes der um bessere Arbeitsbedingungen ringenden Kollegen zugesichert war, bis zum letzten Moment ausgenutzt hätte. Auch war bei einer ganzen Zahl Arbeiter noch eine starke Gleichgültigkeit zu verzeichnen. Sie erschweren durch ihren Stumpfum dem klassenbewußten Proletariat den Kampf in ganz bedeutender Weise, heimten aber die Früchte, die die Lohnbewegung zeitigte, sehr gern mit ein. Über sonstige Erscheinungen bei den sechs Ausständen, wie z. B. Beteiligung, Abgang, Kosten, Zugang und Dauer der Streiks gibt die nachstehende Ausstellung Aufschluß. Die diesbezüglichen Erhebungen sind während der Streiks gemacht worden:

Ort	Name der betriebs- eigent- lichen Gehilfen	Dienst vor dem Streit organis- iert	Zum Streit be- teiligt	Zu den bewilligten Forderungen art- gleicher, nicht bei Lohn- auszahlung ab- geriebt		Durch- während des Streits noch aus- ständig	Zum Streit be- teiligt	Zu den nicht gewähr- te Forderungen ab- geriebt
				Streit- zeit	Streit- zeit			
Glatz	851	221	245	99	183	21	11	8
Stein-	979	193	324	162	228	26	36	7 M.
Maler	864	195	113	1	17	12	21	6 M.
Klemm-	1306	232	250	75	148	43	38	2 M.
Schmiede	2949	872	110	950	1033	18	2	1 M.
Tischler	•	•	•	•	•	6	13	1 M.

Zu 1 fehlt bei genauer Kontrolle. Der Streit blieb Gründungsphase nur eine Fortsetzung des im vorigen Streit begonnenen. Der Streit bei 2 ist der Zugang auswärtiger waffenharter Arbeitsträger, jedoch ist der Zugang auswärtiger Arbeitsträger nicht um die Schuhmacher handelt. Zu 3 kommt bei in den Fabriken beschäftigten Arbeiter nicht in Betracht, da sie schon vor dem Streit zu besseren Be- dingungen stimmten. Zu 4 ist aufzuführen, daß es fügt hier nur um die Schuhmacher, nicht um die übrigen Beschäftigten der Schuhmacherfirma geht. Zu 5 ist zu bemerken, daß hierin die Auswirkung der Forderungen anderer Berufe der Holzbranche ist. Zu 6 sind auch die in der Schuhmacherfirma beschäftigten Tischler mit gerechnet.

Bur gefälligen Beachtung!

Von einigen Filial-Inhabern und Aussträgern wird darüber gefragt, daß die Abonnementsbeiträge zuweilen erst gegen Ende des Monats eingehen. Wir machen die verehrlichen Leser darauf aufmerksam, daß der Abonnementsbeitrag im voraus zu bezahlen ist, und daß unsere Aussträger und Filialen-Inhaber gehalten sind, Mitte des Monats abzurechnen.

Die Expedition.

Preisausschreiben.

Wir haben beschlossen, geeignete Pläne für die Anlage eines **Palmengartens in Leipzig** im Wege eines öffentlichen **Wettbewerbes**

zu beschaffen.

Wir bitten, an diesem Wettbewerbe teilzunehmen. Wahr sind wir nicht in der Lage, die Verfasser aller eingehenden Entwürfe für ihre Arbeiten zu entschädigen; wir sehen aber für die drei besten Entwürfe drei Preise und zwar:

einen ersten Preis von 3000 Mark,
einen zweiten Preis von 2000 Mark,
einen dritten Preis von 1000 Mark

hiermit aus.

Das Preisrichteramt haben die Herren

Oberstlegermeister Dr. jur. Georgi
Geb. Kommerzienrat Alfred Thieme
Stadtkonsulent Arwed Rossbach
Stadtbaumeister Professor Lüdtke
Gartendirektor Wittenberg
Gärtnermeister Albert Wagner in Leipzig-Gohlis,
Palmengartendirektor August Siebert in Frankfurt a. M.
übernommen.

Die Entscheidung der Herren Preisrichter wird seiner Zeit bekannt gemacht.

Die Entwürfe sind bis zum 30. Januar 1897 abends 6 Uhr in dem bestreitigen Bureau unserer Gesellschaft in Leipzig, Promenadenstraße Nr. 1, Erdgeschoss, gegen eine hierüber auszustellende Quittung einzureichen.

Das Programm und die Bedingungen über die Beteiligung an dem Wettbewerbe haben wir in zwei besondern Schriftstücken zusammengestellt. Diese Schriftstücke bilden die Grundlage des Wettbewerbes. Sie sind, einschließlich des Plans, gegen Erlegung eines Betrages von sechs Mark von unserem obenerwähnten Bureau zu beziehen. Denjenigen Herren, welche an dem Wettbewerbe sich beteiligt, einen Preis aber nicht errungen haben, wird der Beitrag von sechs Mark bei Rückgabe der von ihnen eingelieferten Entwürfe erstattet.

Die eingegangenen Entwürfe werden nach erfolgter Prämierung öffentlich ausgestellt. Die Bestimmung der Zeit und des Ortes dieser Ausstellung behalten wir uns vor.

Nach Schluss dieser Ausstellung können die nicht prämierten und nicht etwa sonst angekauften Entwürfe gegen Rückgabe der Quittungen abgeholt werden.

Leipzig, den 15. September 1896.

[8170]

Leipziger Palmengarten.
Der Aussichtsrat. Der Vorstand.
Gruner. Immel.

Elisabeth-Bad, L.-Volkmarsdorf, Elisabethstr. 27, offen täglich von früh 7 bis abends 8 Uhr. Sonntags von früh 7 bis 12 Uhr. Neue, gut eingerichtete, allen Anforderungen der modernen Badetechnik entsprechende Badeanstalt für die bewährtesten Anwendungsbörmen der Wasserkur, spec. Rästen, Dampf-, Heißtrockenluft-, Kräuter-, Kur-, elektr. u. Bäder aller Art, Bädungen, Sauna, Heisswannen u. c. Badekabinen für Krankenlassen, Vereine u. c. sind nur an der Kasse in der Anstalt erhältlich. Preise sehr mäßig. Prospekt frei. [7987] Andreas Reuss.

Möbel

Polsterwaren, Betten
Taschenuhren, Regulatoren
ganze Ausstattungen

liefer

[8180]

auf bequemste Abzahlung

das

Waren-Kredit-Haus
Hermann Liebau

Leipzig, Turnerstrasse 27, I.

(Akademische Wirtschaften.)

Kleine Anzahlung. Bequemste Abzahlung.

PATENTE. Gebrauchs-Muster.

Markenschutz beim Kaiserl. Patentamt besorgt:

Ed. Breslauer, Ingenieur, Goethestrasse 7.

Wegen Inventur bleibt am Donnerstag den 1. Oktober die Buchhandlung geschlossen.

Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung
(G. Heinrich).

Konsumverein Leipzig-Eutritzsch

und Umgegend.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

Unseren werten Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß vom 1. Oktober ab unsere Verkaufsstellen mittags von 1 bis 2 Uhr geschlossen sind.

Der Vorstand.

Altenburger Schlosskeller

Nürnberger Straße 41.

Nürnberger Straße 41.

Special-Auswahl der Alten-Brauerei Altenburg, prima Qualität, sowie echt Münchener Löwenbräu von Taith und Döllniger Rittergutsbrau.

Mittagstisch mit Suppe im Abonnement 50 Pf.
Gesellschaftszimmer zu 20, 40 u. 80 Personen noch einige Tage in der Woche frei.

Hochachtend Adolf Vollrad.

Restauration u. Café

Karolinenstraße Nr. 18.

Bringe meine freundlichen Lokalitäten (Gesellschaftszimmer, 50 Personen fassend) in Erinnerung. Bürgerlichen Mittagstisch, mit Bier oder Kaffee 50 Pf. Reichhaltige Speisefarte zu jeder Tageszeit. ff. Getränke in bekannter Güte.

Jeden Freitag Schlachtfest. Sonnabends Schweinstooken. Es lobt ergebenst ein.

H. Hädrich.

Mohr'sche Margarine

Marke FF

aus der Fabrik von A. L. Mohr in Altona-Bahrenfeld (Jahresproduktion 32 Millionen Pfund) besitzt nach einem Gutachten des Gerichts-Chemikers Herrn Dr. Böschoff in Berlin denselben Nährwert und Geschmack wie gute Naturbutter, und ist bei jetzigen steigenden Butterpreisen als vollständiger und billiger Ersatz für seine Butter zu empfehlen, sowohl zum Aufstreichen auf Brot, als zu allen Küchengütern.

Ueberall käuflich!

N.B. Man verlange ausdrücklich: Mohr'sche Margarine.

[7840]



Feinste Holländische Süßrahm-Margarine Excelsior

gesetzlich geschützte Marke

aus den Van den Bergh'schen Margarine-Fabriken Cleve und Rotterdam ist das beste von allen im Handel vorkommenden Fabrikaten.

[805]

Zu haben in allen Kolonialwaren- und Buttergeschäften.

Sumatra-Cigarren

1/4 Million Partie-Ware, hervorragend in Qualität und Aroma, hochstilige 5-6-Pfg.-Marke, liefer 500 Stück für nur 15 Mark franco. Havanna-Ausschluß-Cigarren, vorzügliche, vielseitige 6-Pfg.-Cigarre, meine Spezialität und seit Jahren eingeführt, liefer 500 Stück statt 25 M. nur 18 M. franco! Probiert! & 100 Stück zu Diensten. Nichtlon. Retournahme auf meine Kosten.

[5686]

Paul Eisenmann, Gisselfeld,
Größtes Thüringer Cigarren- und Tabakfabrik-Berndorf.

Sämtliche Gummi-waren

Bedarfs-Artikel zur Gesundheitspflege sowie viele Neuheiten empfiehlt Gustav Graf, jetzt nur Burgstraße 14.

[1148]

Für nur 8 M. werden Winterüber-

Gießer gewaschen u. gebügelt. Anzüge

2,75 M. Reparaturen billig bei

G. Hennig, Wallhäuserhof 24, Hof II.

Fahrräder, neue und gebrauchte, zu jeb. annehmb. Preis zu verk. Plagwitz, Mühlendorf, 38, I. r. Edmund Stöhrner.

Dauerhaftige Bettstellen mit guten Matratzen (beste Arbeit) 24 M.

Dresden, Str. 23, Seltengen, I. I. Zeppe.

[805]

Ausverkauf.

Wegen Verlegung meines Geschäfts

Nene Betten —

Deckbett, Unterbett und Riesen statt M. 14, jetzt M. 11,50

" 17 " 18,50

" 20 " 15,50

" 25 " 19,50

" 32 " 25.—

" 40 " 29.—

Stell. M. 1,25, Wagenklass. 65 Pf.

Juliette, Überl. Bettlich, spottbill.

Berndorf nach ausm. unter Nach.

80. Sept. Schluss des Ausverkaufs.

Special-Betten-Geschäft

Windmühlenstraße 22, Hof II.

[7406]

Monatsgarderobe.

Empfiehlt allerfeinste Herbst-

resp. Winterüberzieher, kompl.

Anzüge, einzelne Jackets, Bett-

fleider u. c., nur Salzgäschchen 9, L.

(Geb. Größe.) J. Kindermann.

N.B. Frack u. Gesellschafts-Anzüge auch leihweise.

[7406]

10 Schneidig 10

u. hoch elegant, dabei sehr billig. Ihnen sch

alle Herren lieben. Neue und wenig ge-

tragen Anzüge, Grads., Frack, Hosen, Herbst-

und Winterüberzieher, Gesellschafts-

Anzüge, auch leihweise. Schanz

[7406]

10 Grosse Fleischergasse 10

Bitte nicht m. d. Kleinen Fleischer-

gasse zu verwechseln, sond. genau

Goldene Krone zu beachten.